

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen

1934-1945



Wir klagen an!

Anlässlich 80 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus hat unser Bund einen Kalender 2025 produziert, aber das ist nicht die einzige Aktivität. Wir haben dieser Ausgabe des „Kämpfers“ das Plakat „Wir klagen an!“ beigelegt, wie wir es schon vor zwei Jahren (Ausgabe 1/2023) mit dem Plakat „Republikanischer Schutzbund“ gemacht haben.

Das neue Plakat befindet sich in der Sammlung des DÖW, wir danken dem wissenschaftlichen Leiter des DÖW Andreas Kranebitter, der uns diese Initiative ermöglicht!

Der Maler

Der Tiroler Alfons Walde (1891-1958) studierte auf Wunsch seines Vaters Architektur in Wien, wandte sich aber bald der Malerei zu. Den Ersten Weltkrieg machte er als Einjährig-Freiwilliger mit. In den 1920er-Jahren wurde er für seine charakteristischen Bilder von alten Bergdörfern und von der neuen Welt des Skisports berühmt. Wenige Monate nach dem „Anschluss“ entziehen ihm die Nazis den Reisepass, sie verdächtigen ihn der Spionage. Mehrfach durchsucht die Gestapo sein Atelier. Ein Denunziant erzählt den Behörden, dass er Walde wiederholt in Gesellschaft ausländischer Diplomaten und bekannter Kommunisten gesehen habe. Die Gestapo hält in ihrem Dossier fest, dass der Künstler „völkisch wenig sympathisch“, die im Raum stehenden Vorwürfe aber „substanzlos“ seien. Walde zieht sich während der Nazizeit in sein Haus am Hahnenkamm in Kitzbühel zurück und bietet Widerstandskämpfern Unterschlupf an.

Fernab seiner gewohnten Sujets, aber mit den für ihn typischen künstlerischen Mitteln malt er 1946 „Wir klagen an!“ Es stellt einen wesentlichen Beitrag zur antifaschistischen Ikonographie der Nachkriegszeit dar, er widmete das Bild „den Opfern der Naziherrschaft“.

Und wir widmen das Plakat allen Antifaschistinnen und Antifaschisten der Gegenwart.



DÖW-Vizepräsident Werner Anzenberger (l.) und Andreas Kranebitter mit dem Gemälde „Wir klagen an!“ von Alfons Walde



„Niemals vergessen - Demokratie schützen!“

lautete das Motto des Februargedenkens der SPÖ Wien am Schlingermarkt vor dem gleichnamigen Gemeindebau in Floridsdorf. Trotz eisiger Kälte und Regen gedachten hunderte Genoss:innen den Opfern des Kampfes für Freiheit und Demokratie gegen den Austrofaschismus vor 91 Jahren. Zahlreiche Mandatar:innen waren vor Ort. Darunter Bundesparteivorsitzender Andreas Babler, Vizepräsidentin des ÖGB Korinna Schumann, die Abgeordnete zum Nationalrat Julia Herr, Bernhard Herzog, Sabine Schatz und Paul Stich.

Floridsdorf hatte die meisten Opfer der Februarkämpfe zu beklagen. Der Schlingermarkt, ein Zentrum und Symbol des heroischen Widerstandes der Sozialdemokratie im Bezirk, war dem heftigen Beschuss durch Artillerie des Militärs ausgesetzt.

Marina Hanke verurteilte die Vorschläge der gescheiterten Koalitionsverhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP wie „Herdprämie“, Tempo 150, Einschränkung der Meinungsfreiheit statt Lösungen auf die Herausforderungen der Gegenwart Bildung, Gesundheit oder Pflege. Sie plädierte für die Stärkung der Frauenrechte im Hinblick auf die derzeit immer stärker werdenden rechten Parteien in Europa.

Gerald Netzl erläuterte die tragischen Ereignisse bei der Eskortierung der gefangenen Schutzbündler und Zivilisten am 13. Februar 1934 mit 13 Toten. Außerdem regte er an, am Areal des ehemaligen Mauthausen-Außenlagers Floridsdorf (Hopfengasse, Anm.) eine Außenlager-Stele zu errichten. Gen. Netzl bedankte sich bei Gen. Hans Schiel, seit 25 Jahren Bezirksvorsitzender von Floridsdorf, für dessen hervorragendes Engagement für unseren Bund.

Erleichtert über das Scheitern der Koalitionsverhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP, gilt für Rihab Toumi, Vorsitzende der SJ Wien, die politische Aufklärung und Einbindung der Jugend in die Gedenkarbeit als Herausforderung und Ziel. Vorsitzender der JG Wien, Alexander Ackerl warf den Blick auf die USA, wo die Regierung unter Donald Trump den demokratischen Rechtsstaat sukzessive außer Kraft setzt, mit Warnung vor Auswirkungen auf Europa. Die Erinnerungsarbeit sieht er als eine der Hauptaufgaben der Jungen Generation.

Bürgermeister Michael Ludwig erinnerte an zwei große Schutzbündlerkämpfer in Floridsdorf: An den Kommandanten der Hauptfeuerwache Floridsdorf Georg Weissel (1899-1934), welcher am 15. Februar 1934 im Landesgericht Wien durch den Galgen, sowie an Heinz Roscher (1898-1938) Führer des Kreiskommandos Wien-Floridsdorf und Kommandant des Karl-Marx-Schutzbündlertabattillons, welcher am 28. Mai 1938 als Opfer des Stalinismus durch Erschießen in Moskau hingerichtet wurde.

Froh über das Scheitern der Koalitionsverhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP beschwor er die historische Stärke der Sozialpartner, trotz gegensätzlichen Grenzen zu überwinden, zum Wohle für die Zukunft Österreichs. Er



Bürgermeister Michael Ludwig bei der Februarfeier 2025 in seinem politischen Heimatbezirk Floridsdorf.

schloss: „Es kann mit uns keine Koalition mit der FPÖ geben. Das sind wir den Kämpfern und Kämpferinnen aus der Vergangenheit schuldig. Das sind wir der Bevölkerung in der Gegenwart schuldig!“

Mit Morgenrot begann und klang das Gedenken, in rotes Licht getaucht, würdig aus.

Dominik Lang ■



Am Tag vor den offiziellen Feiern zum Februargedenken gedachten die Mitglieder der Leopoldstädter FreiheitskämpferInnen unterstützt von SJ und JG vor dem Lassallehof an die schrecklichen Ereignisse des österreichischen Bürgerkrieges. Redebeiträge von Karin Moser und Bezirksvors. Ronald Jesenko.



Walter Haselbauer



Die Favoritner Genossinnen und Genossen trafen sich beim Mahnmal am Reumannplatz. V. l. n. r. Bez. vors. Volkmar Harwanegg, Kathrin Gaál und BV Marcus Franz, der Gedenkworte an die TeilnehmerInnen richtete.

FK 11



Simmering machte heuer einen Gedenkmarsch vom Standort des ehemaligen Polizeikommissariats wo einst Bruno Kreisky inhaftiert wurde und ging dann das Grätzl ab, wo Rosa Jochmann an drei Adressen wohnte. Dort entstand auch das Gruppenfoto.

Tom Peschat



Februargedenken beim Mahnmal am Meidlinger Friedhof, v. l. n. r. Josef Fiala, BV Wilfried Zankl, Bez. vors. Walter Schuster und SPÖ Bez. vors. Jörg Neumayer.

Gerhard Antes



Die Ottakringer Genossinnen und Genossen trafen sich bei der Gedenktafel für das bei den Februarkämpfen zerstörte Arbeiterheim in der Kreitnergasse.



Robert Kratzer

Die Döblinger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gedachten bei der Gedenktafel beim Karl-Marx-Hof der Februarkämpfer und deren Opfer. Die mahnenden Reden hielten LGF Barbara Novak und Benjamin Enzmann.

Asja Ahmetović



Das Februargedenken der Brigittenauer Genossinnen und Genossen findet traditionell im Gerlhof in der Stromstraße statt. Josef Gerl wurde am 24. Juli 1934 von den Austrofaschisten gehenkt. Im Bild BVin Christine Dubravac-Widholm und Bez. vors. Berni Macek.

Dzana Nuhic



Die Genossinnen und Genossen aus der Donaustadt auf dem jährlichen Februargedenken beim Goethehof

Susan Netze



Die Liesinger Genossinnen und Genossen gedachten bei der Gedenktafel an der Wohnbaugenossenschaft „Wien-Süd“ in der Elisenstraße der Februarkämpfer, die Reden hielten SJ-Vorsitzender Martin Schlemmer und BV Gerald Bischof.



Fortsetzung: Februargedenken Wien

Sanita Kirchmayer



Traditionelles Gedenken der Hietzinger FreiheitskämpferInnen am Goldmarkplatz. In der Mitte der Vorsitzende Lukas Kubanek mit der Sozialistischen Jugend und der Jungen Generation Hietzing.



FK 5

Die Kranzniederlegung im Reumannhof in Margareten, unter den TeilnehmerInnen Benjamin Bartik, Julia Tyll-Schwarz, Flavio Schily (alle VGA) und Bez. vors. Arijana Šegalo.

Februargedenken in Oberösterreich und Niederösterreich.

Das Gedenken zum 91. Jahrestag der Februarkämpfe hat in Oberösterreich abermals zu mehreren Gedenkveranstaltungen geladen. Die erste fand am 9. Februar in Linz statt mit einer Kranzniederlegung beim Bulgaridenkmal am Bulgariplatz. Gefolgt wurde dieses vom offiziellen Gedenken der SPÖ Oberösterreich im Hof der Landstraße 36, von wo aus die Ereignisse damals ihren Lauf nahmen. In ihren jeweiligen Reden erinnerten Gin. Katharina Sperz, Gen. Samuel Puttinger, Gen. Dietmar Prammer sowie Gin. Sabine Schatz den mutigen KämpferInnen des Februar 1934 in Linz. Insbesondere Gin. Schatz mahnte angesichts der aktuellen Lage zu Einigkeit und Zusammenarbeit innerhalb der SPÖ. Die folgende Matinee gestaltete sich um das Stück „Die Zilli schießt“, das in künstlerischer Form die Geschehnisse behandelte und auf positive Rezeption stieß. Zum Abschluss gab es eine kurze Podiumsdiskussion mit Professorin Martina Gugglberger und Karin Decker zur Rolle der Frauen in den Februarkämpfen.

Am Gedenktag selbst versammelten sich die GenossInnen sowohl in Steyr als auch in Traun. In Steyr gab es neben einem Rundgang und der Gedenkfeier eine abermalige Aufführung von „Die Zilli schießt“. In Traun gab es den Fackelzug zum Denkmal der Gefallenen des Februar 1934 am Stadtfriedhof St. Martin. Bei letzterem Gedenken wurden von einer Gruppe Schauspieler Teile des Prozesses um Anton Bulgari nachgestellt, der zehn Tage nach dem Kämpfen als letzter der neun Märtyrer ermordet wurde. Den Abschluss bildete das Februargedenken am Gedenkstein nahe dem Arbeiterheim in Holzleithen. Trotz des aufkommenden Schneegestöbers und der Kälte versammelten sich zahlreiche GenossInnen im Andenken an die Gefallenen der Kämpfe im Kohlenrevier, unter ihnen die vier unschuldig ermordeten Arbeitersanitäter.

Es ist festzustellen, dass alle Gedenkveranstaltungen sehr rege besucht waren und die Erinnerung an den Februar 1934 in Oberösterreich weiterhin hochgehalten wird. Insbesondere mehr junge Menschen waren anzutreffen, was unserer Ansicht nach ein gutes Zeichen ist. Denn in der heutigen Zeit ist es umso wichtiger, dass das Wissen um jene Ereignisse weiterhin in Partei und Gesellschaft verankert ist und dieses ebenfalls weitergegeben wird. In den Worten Anton Bulgaris: Hoch die Sozialdemokratie!



Stefanie Rödlhammer

Unsere oberösterreichischen Genossinnen und Genossen beim Gedenkstein in Holzleithen.



SPÖ Krems

In Krems wurde gemeinsam mit dem neuen Waldviertler LABg Michael Bierbach (1. v. l.) und dem neuen Bundesrat Martin Peterl (6. v. l.) an Koloman Wallisch erinnert. Am 19.2., seinem 91. Todestag.



Das „pseudowissenschaftliche“ DÖW

Ein Urteil des Handelsgerichts Wien sorgt noch immer für Diskussionsstoff: Darf man das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) „pseudowissenschaftlich“ nennen? Wenn es nach einem Richter des Landesgerichts geht: Ja.

Die Begründung dafür kommt, nicht nur für den interessierten Laien, doch recht überraschend: Zum einen bescheinigt das Gericht dem DÖW „wissenschaftlich zu arbeiten“. Das ist die positive Seite des Urteils. Zum anderen aber, so das Gericht, agiere das DÖW „politisch“. Und wer sich auf die Bühne der Politik begeben dürfe kein Glaskinn haben. Auf politischer Ebene geht es hitzig her, da ist nicht alles auf die Goldwaage zu legen. Wer da mitspielt, muss, im notorisch deftigen Schlagabtausch, auch einstecken können.

Zum Beispiel müsse man hinnehmen, dass der FPÖ-Politiker Hannes Amesbauer, mittlerweile Landesrat in der Steiermark, die Arbeit des international höchst renommierten Wissenschaftsinstituts DÖW als „unwissenschaftlich“ runtermacht.

Der Grund für Amesbauers Ausfall ist im Übrigen entlarvend: Er ist offensichtlich genervt, dass das DÖW - etwa im jüngsten, akribisch recherchierten und quellentechisch hervorragend belegten - Rechtsextremismus-Bericht seine Partei ständig in Verbindung mit rechtsextremen, zuweilen faschistisch anmutenden Gedankengut bringt. Dafür allein hätte man allerdings nicht diesen höchstaktuellen Bericht gebraucht: Schon vor Jahren hat das Mauthausen Komitee Österreich weit über hundert „Einzelfälle“ in einer Broschüre aufgelistet, die enge geistige Verbindungen zwischen der FPÖ und der rechtsextremen, verfassungsgefährdenden Szene dokumentieren. Wie viele sind bis heute dazugekommen?

Die Wahrheit tut zuweilen weh. Und wer sie überhaupt nicht erträgt, schlägt mit unqualifizierten Beleidigungen um sich. Das DÖW musste klagen, um seinen guten Ruf zu wahren. Der Rechtsextremismus-Bericht ist im Übrigen keine Eigenproduktion des DÖW. Er wurde von der Bundesregierung in Auftrag gegeben, weil die Expertise des Instituts höchst anerkannt ist.



Werner Anzenberger (l.) und Andreas Kranebitter mit dem Rechtsextremismus-Bericht.

Das Urteil macht betroffen. Der Wiener Historiker Oliver Rathkolb sieht Auswirkungen auf den gesamten Wissenschaftsbetrieb: Es sei gefährlich, wenn Wissenschaftler als „politische Akteure“ gelten, sobald sie ihre Expertise zu politischen Themen äußern“, wird er in der Tageszeitung Der Standard zitiert. Und die Medienanwältin Maria Windhager spricht von einer juristisch bedenklichen und „besorgniserregenden Fehlentwicklung“. Die Sorge ist berechtigt. Hält dieses Urteil, wird sich die - ohnehin bereits angekränkelte - gesellschaftliche Diskussionskultur in Zukunft noch unsachlicher und polemischer gestalten. Es wäre ein Freibrief, auch andere Institutionen, die unbestreitbar wissenschaftlich arbeiten, wie WIFO, IHS oder Fakultäten und Institute der Universitäten „pseudowissenschaftlich“ zu schimpfen - nur weil einigen politischen Agitatoren deren Forschungsarbeit nicht in den Kram passt.

Wir haben einen Rechtsstaat. Die übergeordnete Instanz hat Gelegenheit, solches zu verhindern. Man darf gespannt sein.

Werner Anzenberger ■

Gedenken in Favoriten

Wie jedes Jahr gedenken SPÖ Favoriten und FreiheitskämpferInnen Favoriten der Opfer des Austro- und des Nazifaschismus. Die Gedenkworte zu den 47 TeilnehmerInnen wurden von FSG-Bezirksvorsitzendem Franz Koskarti gesprochen. Die Kranzniederlegung beim Mahnmal am Reumannplatz fand am 31. Oktober 2024 statt.

Volkmar Harwanegg ■



V. l. n. r. Franz Koskarti, Herta Slabina und Volkmar Harwanegg



Ausstellung „trotzdem da!“

Eine Wanderausstellung der Gedenkstätte Lager Sandbostel in Niedersachsen widmet sich Kindern aus in der NS-Zeit verbotenen Beziehungen zwischen Deutschen und Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeiter*innen.

Während der Zeit des Nationalsozialismus waren freundschaftliche und intime Kontakte zwischen Deutschen und Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeiter*innen unerwünscht. Zum Teil waren sie streng verboten. Doch sie sind „trotzdem da“: Kinder, die aus solchen Beziehungen hervorgegangen sind, und heute um die 80 Jahre alt sind. Ihre Geschichten wurden lange tabuisiert. Sie sind wissenschaftlich wenig erforscht und in der Erinnerungskultur kaum präsent. Die Wanderausstellung „trotzdem da! - Kinder aus verbotenen Beziehungen zwischen Deutschen und Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeiter*innen“ ist ihren Lebensgeschichten gewidmet.

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges mussten rund 13 Millionen Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter*innen im Deutschen Reich arbeiten. Bei freundschaftlichen oder intimen Kontakten mit Deutschen konnten beiden Seiten hohe Strafen drohen. Sie reichten von Gefängnisstrafen über die Einweisung in ein Konzentrationslager bis zur Todesstrafe. Dennoch wurden Kinder aus solchen Beziehungen geboren.

Viele Kinder aus verbotenen Beziehungen wussten lange nicht, dass ein Elternteil Kriegsgefangener oder Zwangsarbeiter*in gewesen war. Häufig wurden sie dennoch als uneheliches Kind und nicht der gesellschaftlichen Norm entsprechend stigmatisiert. Immer wieder wurden sie rassistisch beleidigt und diskriminiert. Viele suchten Jahrzehnte nach einem unbekanntem Elternteil - in manchen Fällen mit Erfolg. Mehr als 20 Kinder aus verbotenen Beziehungen aus Deutschland, Österreich und den Niederlanden konnten ausfindig gemacht und für das Projekt „trotzdem da!“ gewonnen werden. Zwei Treffen in der Gedenkstätte Lager Sandbostel waren für viele die erste Begegnung mit Menschen, die eine ähnliche Biografie haben wie sie. Für einige war es auch das erste Mal, dass sie mit Fremden über ihre Geschichte sprachen. Mit ihren Erinnerungen, Dokumenten und Fotos haben die Teilnehmer*innen die entscheidende Grundlage zur Verwirklichung der Ausstellung gelegt.

Die Ausstellung

Die in der Ausstellung zentralen Biografien zeigen exemplarisch Gemeinsamkeiten, aber auch die Vielfältigkeit in den Lebensläufen der Projektteilnehmer*innen auf. In Ausschnitten aus Video-Interviews kommen die Protagonist*innen dabei selbst zu Wort. Auch die Geschichten der (leiblichen) Eltern werden nachvollzogen. Ergänzend wird in jeder Biografie ein mit der Lebensgeschichte verbundenes historisches Thema vertiefend behandelt.

Zahlreiche Lebensgeschichten von Kindern aus verbotenen Beziehungen können nicht erzählt werden. Eine zusätzliche „Biografie“, die des „unbekannten Kindes“, greift diese Leerstellen auf. Eine historische Begleitebene bettet die Lebensläufe der Kinder aus verbotenen Beziehungen und ihrer Eltern in den Kontext der jeweiligen Zeit ein: Von dem Strafbestand des „verbotenen Umgangs“ während des Nationalsozialismus, über das Aufwachsen in der Nachkriegszeit, der Suche nach unbekanntem Elternteil und Familien bis zur Aufarbeitung und Erinnerung an die Verfolgungsgeschichten. Schließlich wird auch der Verlauf des Projekts „trotzdem da!“ in der Ausstellung dargestellt.

Die Geschichte der Eltern von Hannes

An Georgios Pitenis' 22. Geburtstag, dem 6. April 1941, griff das Deutsche Reich wie ein halbes Jahr zuvor das faschistische Italien Griechenland an. Nach einem Jahr deutscher Besatzungsherrschaft wurde Georgios zur Zwangsarbeit ins Reich, in die „Ostmark“, verschleppt. Zeitweise musste er mit Hacke und Spaten Panzersperngräben ausheben - eine besonders schwere Tätigkeit. In Wien, vermutlich auf dem Weg zu einer Arbeitsstelle, lernte Georgios Elisabeth kennen. Sie verliebten sich und hatten eine heimliche Beziehung. Als 1945 der Zweite Weltkrieg endete und Georgios nach Griechenland zurückkehrte, wusste er, dass er einen Sohn hat. Zweimal versuchte er vergeblich, in die sowjetische Besatzungszone in Österreich, in der Elisabeth und Hannes lebten, einzureisen. Ob auch Elisabeth sich um ein Wiedersehen mit Georgios bemüht hat, ist nicht bekannt. Die beiden hielten jedoch Briefkontakt.



O-Ton von Volkmar „Hannes“ Harwanegg, Sohn einer Österreicherin und eines griechischen Zwangsarbeiters und stv. Bundesvorsitzender unseres Bundes: „Meine Mutter und mein Vater schafften es, ihre große Liebe geheim zu halten. Daraus entstand ich.“

Gedenkstätte Lager Sandbostel / Gerald Netzl ■

Web-Tipp: www.trotzdemda.de



Kaisermühlen erinnert

Am 11. November 2024 fand die offizielle Fotosession beim ehemaligen Wohnhaus von Roman Haller Am Kaisermühlendamm 5 (Hochhaus) in Wien-Donaustadt statt. Dass es dazu kam ist der jahrelangen Bemühung von den MitarbeiterInnen der Sektion 11 zu verdanken. Ein Wermutstropfen bleibt, unser ursprünglicher Antrag war, dass der in der NS-Zeit errichtete Gemeindebau in der Moissiggasse 19 nach Roman Haller benannt wird (Die beiden Wohnhausanlagen liegen nur knapp einen Kilometer auseinander.). Dies wurde seitens der zuständigen Stadträtin und ihren MitarbeiterInnen mit bürokratischen Argumenten abgelehnt. Als Kompromiss kam es daher zu dieser Gedenktafel. Das über der Gedenktafel ersichtliche Bild, eine Lithographie Titel: „Im Mond“, wurde nur für die Fotosession aus meinem Privatbesitz angebracht.

Wer war Roman Haller?

Roman Haller, 1920 in Wien geboren, schaffte im Sommer 1939 die Aufnahme in die Kunstgewerbeschule. Gleichzeitig musste er zur Musterung und wurde der Marine zugeteilt. Wegen der Inschrift an die Kunstgewerbeschule bekam er ein Jahr Aufschub, 1940 wurde er dann doch zum Militär eingezogen. Während eines 14-tägigen Weihnachtsurlaubs, gemeinsam mit einem Freund, versuchten beide über Jugoslawien nach Griechenland und dann weiter nach Palästina zu gelangen. Dieser Versuch misslang und in weiterer Folge wurde Haller erst von der Gestapo Wien festgenommen und verhört, und dann vom Gericht des Wehrkreiskommandos 17 in Wien, wegen Entziehung von der Wehrdienstpflicht, zu 2 ½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Strafe wurde auf Bewährung ausgesetzt und er wurde in Bremerhaven stationiert.

Am 27. Februar 1945, mit einem Überstellungsbefehl von Bremerhaven nach Triest, desertierte er in Wien. Er versteckte sich in den Auwäldern bei Kritzendorf bis zum Kriegsende am 8. Mai 1945.

Seit den 1950iger Jahren arbeitete er u. a. als Mosaikkünstler. Er gestaltete an die 20 Mosaik für diverse Wohnhäuser der Gemeinde Wien und ande-



Jannis Pflüger

V. l. n. r. Ruth Becher, Karin Sommer, Joe Taucher, Ernst Nevriy, (hockend) Nico Pretterhofer, Wilhelm Soucek, Muna Duzdar, Maria Mi-schek und John Sichtar

rer Auftraggeber. Mit seinem Freund Alfred Hrdlicka war er 1965 Mitorganisator bei den Demonstrationen gegen Taras Borodajkewycz und stand mit ihm in vorderster Linie gegen Neonazismus und Antisemitismus. Roman Haller war Assistent (1966) von Rudolf Hausner (ein Vertreter der „Wiener Schule des Phantastischen Realismus“) an der staatlichen Kunst-hochschule in Hamburg. 1968 war er Professor an der École Montolieu in Montreux. 1971 kehrte er nach Wien zurück. 1990/91 unterrichtete er in Muskat und im Sultanat Oman.

Roman Haller war ein aufrechter, ehrlicher und vor allem sensibler Mensch wie es nur wenige gibt. Er verstarb am 5. Mai 2010.

Wilhelm Soucek ■

Für unsere KZ-Überlebenden und Hinterbliebenen

Die Betreuung der KZ-Überlebenden und ihrer Hinterbliebenen ist neben unserem antifaschistischen und historischen Engagement das wichtigste Anliegen der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen. Jedes Opfer wird, wenn gewünscht, von uns besucht.

Information zur Opferfürsorge

Die folgend angeführten Einkommen sind monatliche Nettobeträge. Außer Betracht bleiben dabei Rentenleistungen nach dem Opferfürsorgegesetz, Pflegegelder und Unfallrenten, wenn behinderungsbedingte Mehraufwendungen nachgewiesen werden.

Die Einkommensgrenzen für die Vergabe von Leistungen aus dem Ausgleichstaxfonds Opferfürsorge sind ab 1. Jänner 2025 wie folgt:

Für Aushilfen: Einzelpersonen 2.249 Euro,
Ehepaare (oder Lebensgemeinschaft) 3.132 Euro,
Erhöhungsbeitrag pro unterhaltsberechtigtem Kind 441 Euro.

Folgende wichtige Änderung trat bereits ab 1. Jänner 2020 in Kraft:

Finanzielle Aushilfen für Heilfürsorgeleistungen (wie Zuschüsse für Zahnkronen und Brücken, Hörgeräteversorgung, Krankenbetten und Krankenfahrstühle, Sehbehelfe und Brillen, orthopädische Schuhe, sonstige Heilbehelfe und Hilfsmittel, psychotherapeutische Behandlungen, Wahlartzkosten) können nicht mehr beantragt werden!

Dafür bekommen sie einmal pro Kalenderjahr 1.320 Euro.

Zuständig für Aushilfeansuchen ist das Sozialministerium, Abteilung IV/B/5, Stubenring 1, 1010 Wien (IVB5@sozialministerium.at).

Bei allen Fragen steht Ihnen Peter Weidner telefonisch unter 0664/533 88 29 oder per E-Mail (p.weidner@aon.at) mit Rat und Tat zur Seite. Er füllt Ihre Formulare aus und leitet diese an die zuständigen Stellen weiter.

Lesung „Akteneinsicht. Marie Jahoda“

Gibt es die hohe Kunst historische Erkenntnisse zu präsentieren? Wer das Glück hatte im Rabenhof in Wien am 9. Dezember 2024 eine Karte für die Veranstaltung „...den Tatbestand leugnen, nicht die Gesinnung“ zu ergattern, der kann sagen, eine Premiere dieser selten geübten Kunst erlebt zu haben.

Wessen die Besucherinnen und Besucher hier Zeugen wurden ist auf den ersten Blick gar nicht so leicht zu sagen. War es ein Theater, war es eine Lesung und wer hat hier Regie geführt? War es vielleicht Bert Brecht oder gar Peter Weiss? Die beiden werden ihre Rolle gespielt haben im Hinterkopf der Akteurinnen und Akteure, da bin ich mir sicher. Wenn die beiden noch leben würden, sie würden mit Verwunderung und auch Trauer feststellen müssen, dass die von ihnen gepflegte Form, die Menschen zum Denken, zum Nachdenken anzuregen, nicht mehr gefragt ist, aus der Mode gekommen zu sein scheint. Und doch setzt sich ihre Kunst zuweilen immer noch durch und kann Säle füllen.

Ein Glücksfall, Zufall? Dass eine der Akteurinnen des Abends, die Schauspielerin Maria Hofstätter, einer der Protagonistinnen in diesem Programm, der Sozialwissenschaftlerin und politischen Aktivistin Marie Jahoda, ähnelt ist so eine glückliche Fügung, aber auch irgendwie nebensächlich.

Was war zu erleben an diesem Abend? Auf dem Programmzettel steht „Maria Hofstätter liest aus ‚Akteneinsicht. Marie Jahoda in Haft‘. Ein Ma-

nifest für Widerstand und Demokratie. „...den Tatbestand leugnen, nicht die Gesinnung“. So sperrig der Titel.

Neben Maria Hofstätter waren noch auf der Bühne zu erleben Andreas Kranebitter, Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, und Meinrad Ziegler, Herausgeber des Buches „Akteneinsicht. Marie Jahoda in Haft“. Nicht zu vergessen jedoch die zweite Frau am Podium, die Singer-Songwriterin Inga Lynch, die mit ihren klug ausgewählten Songs die Tür zu einer weiteren Dimension dieses Abends öffnet.

Das Programm bietet diese Geschichte von vier WiderstandskämpferInnen, zwei Frauen und zwei Männern. Marie Jahoda, war nicht nur Wissenschaftlerin (Die Arbeitslosen von Marienthal), sondern auch Aktivistin der Revolutionären Sozialisten gegen den Austrofaschismus. Mit ihr erinnert werden in diesem Programm ihre MitarbeiterInnen in der Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle Marie Schneider und Fritz Keller. Und Josef Gerl war nach einem Sprengstoffanschlag und der Tötung eines Polizisten ein Opfer des Standgerichtes des Austrofaschismus. Engelbert Dollfuß hat zur Praxis des vollstreckten Todesurteils gemeint „Wir können Gott danken, dass es ein Roter und kein Nazi war, gegen den wir das neue Gesetz zuerst anwenden mussten.“

Eine gelungene Mischung aus historischer Erläuterung, Zitaten aus Briefen, Akten und Erinnerungen und musikalischer Begleitung. Mehr



braucht es nicht. Kein Wort und kein Ton zu viel. Kein Pathos und kein Happy End. Den Umgang mit den WiderstandskämpferInnen und den Opfern der Shoa, letztere wurden in der Opferfürsorge-Bürokratie als „passive Opfer“ diffamiert, hat Fritz Keller aus England in einem Brief als „Trägheit des Herzens“ beschrieben. Ein großer Abend, der nach Linz und Bad Ischl dann auch in Wien zu erleben war. Fortsetzung erwünscht.

Buchtipps: Johann Bacher, Waltraud Kannonier-Finster, Meinrad Ziegler: Akteneinsicht. Marie Jahoda in Haft, Studienverlag, 256 Seiten, € 26,90

Robert Streibel ■

JG Bundeskonferenz

Zur Bundeskonferenz der Jungen Generation in Salzburg am 7. Dezember 2024 war auch der Bundesvorsitzende unseres Bundes eingeladen. Als Präsidiumsmitglied und Vorsitzender des Landesverbandes Salzburg übernahm Matteo Gebhart gerne die Ansprache im Audimax der NaWi. In seiner Rede vor vielen jungen GenossInnen ging er auf den Rechtsruck in Österreich ein und die Parallelen zu den 1930er Jahren.



Matteo Gebhart auf der Bundeskonferenz der Jungen Generation.



20 Jahre perspektive mauthausen

Am 30. Juni 2004 traf sich zum ersten Mal ein Gruppe von Mauthausner:innen mit dem Anliegen: „Wir sind eine überparteiliche, kultur- und geschichtsinteressierte antifaschistische Mauthausener AktivistInnengruppe, die sich gegen jegliche Form der Geringschätzung und Verachtung von Menschen positioniert. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, Mauthausen nach innen und nach außen als Ort der Begegnung und Verständigung mitzugestalten.“ Bereits 2 Jahre später wurde die perspektive mauthausen auch als Verein gegründet. Viele der heutigen Vorstandsmitglieder waren schon bei der Gründung dabei.

Seit 20 Jahren halten wir die Gedenkveranstaltung zur Mühlviertler Menschenhatz ab und konnten dabei viele bekannte Künstler:innen in Mauthausen begrüßen. Immer wieder führen wir dazu auch Wanderungen auf den Spuren der sogenannten „Mühlviertler Hasenjagd“ durch. Die Denkmäler am Bahnhof und vor dem ehemaligen Wohnhaus von Anna Pointner in der Vormarktstraße sind sichtbare Zeichen unseres Engagements. Zu unseren ständigen Aktivitäten zählen unsere Bildungsfahrten. Wir gestalten Ausstellungen, Videofilme, Radiosendungen und arbeiten mit der Bewusstseinsregion, der KZ-Gedenkstätte, dem Mauthausenkomitee Österreich, dem internationalen Mauthausen Komitee und vielen Organisationen wie der ANED Italien oder der Amical Spanien der zusammen. Unsere Freundschaft mit Anna Hackl und der Stadt Florenz verstehen wir als besondere Auszeichnung unseres Tuns.

Es geht uns ums Tun. Fragen stellen, nicht zusehen. Widersprechen wo es erforderlich ist. Die Geschichte, und ist sie noch so schrecklich oder bedrückend, nicht wegschieben, sondern als Chance und Auftrag begreifen. Anderen Mut machen für die Menschlichkeit, für die Menschenrechte, für ein solidarisches Miteinander als Gegenthese zur zunehmenden Entmenschlichung einzutreten.

Wir wollen aus der Geschichte lernen. Aber wie geht aus der Geschichte lernen? Nähern wir uns dem nicht nur theoretisch abstrakt, sondern durch praktisches Tun, stoßen wir auf Widerspruch. Wir spüren die rasante Entwicklung die uns Angst macht, dass das Damals ganz einfach und schleichend wieder zur Gegenwart werden kann. Das beschäftigt uns sehr in der perspektive mauthausen. Wir diskutieren wie gefährlich sind die gegenwärtigen Entwicklungen, was können wir tun, was kann aktive Gedenkarbeit beitragen, wie muss überhaupt diese Gedenkarbeit so viele Jahre danach gestaltet sein?

Ja, und wir stellen uns die Frage, wie erfolgreich sind wir, was bewirken wir? 20 Jahre engagiertes Tun müssten doch deutliche Spuren auch im Denken der Menschen hinterlassen?

Die Realität: Die Worte sind wieder rauer, hässlicher geworden, die Ellbogen werden härter eingesetzt. Wie lange wird es wohl noch dauern,

dass auf Ellbogen Stiefeltritte folgen? In den Regierungen in Europa sind immer mehr faschistisch orientierte Parteien vertreten und diese Entwicklung setzt sich international fort. Wir erleben offenen Rassismus, menschenverachtende Hetze, stetig anschwellenden Hass und daraus folgend auch rechtsextreme Taten. Das Ungleichgewicht von wenigen Reichen zu den Vielen die um ein bescheidenes besseres Leben oder ihre tägliche Existenz ringen, gepaart mit den so vermeintlich einfachen Antworten darauf, die Sorge um die Zerstörung unseres Planeten. Diese Ratlosigkeit und Angst wie unsere Zukunft aussehen wird macht uns empfänglich für einfache Antworten. Schnell werden Sündenböcke gefunden. Man zeigt mit dem Finger auf sie und Politiker stellen für diese vermeintlich schuldige Gruppe die Menschenrechte in Frage und verstärken damit die Ängste der Menschen.

Wir sehen aber auch die vielen positiven Beispiele, die vielen Initiativen die sich für die Demokratie und gegen Rassismus und Rechtsextremismus stark machen. Wir, die perspektive mauthausen, verstehen uns ein kleiner Teil dieser Bewegung.

Wir wollen mit unserer Perspektive dazu ermutigen, hinzuschauen, hinzuhören, zu handeln. Es geht ums Tun.

Walter Hofstätter, Vorsitzender der perspektive mauthausen

Web-Tipp: www.perspektive-mauthausen.at



Der aktuelle Vereinsvorstand, vorne sitzend v. l. n. r. Walter Hofstätter, die beiden Ehrenmitglieder Ingrid Biebl und Anna Hackl, NR Sabine Schatz.



Neue Tore der Erinnerung am Universitätscampus Wien

Als am 30. Juni 1988 die Stadt Wien, vertreten durch Bürgermeister Helmut Zilk, der Universität Wien, vertreten durch Rektor Wilhelm Holzabek, mit Schenkungsvertrag das Areal des heutigen Universitätscampus übertrug, war das mit der Auflage verbunden, die Grünflächen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen: Öffnung zum Bezirk, Grünflächen bleiben öffentlich zugänglich, keine Verbauung der Höfe und keine Aufstockung. Damit setzte man eine Entwicklungsgeschichte in Gang, die bis heute anhält.

Neben der Achse der Erinnerung boten die insgesamt 23 alten und neu geschaffenen Campus-Tore die Möglichkeit, auf die 650-jährige Geschichte der Universität Wien am heutigen Universitätscampus zu verweisen, indem etwa das ehemalige Haupttor in der Alser Straße 4 nach dem Aufklärer und zweimaligen Rektor der Universität Wien

Josef Sonnenfels (1732-1817) benannt wurde. Weitere Tore erinnern an bedeutende Persönlichkeiten der Wiener Wissenschaft. Insbesondere die in der universitären Gedenkkultur wenig bedachten Frauen sowie die im Nationalsozialismus verfemten Wissenschaftler:innen werden dadurch den Besucher:innen näher gebracht.

Im Sinne ihres Forschungs- und Lehrauftrages und dem Zug der Zeit folgend, hat sich die Universität Wien im Jahr 2024 entschlossen, die Gedenktafeln bei den einzelnen Portalen nach aktuellsten Erkenntnissen neu zu gestalten. Rektor Sebastian Schütze, Senatsvorsitzender Stefan Kramer, die Leiterin des Instituts für Zeitgeschichte Claudia Kraft sowie der Zeithistoriker Herbert Posch erläuterten am 4. November 2024 in der Aula des Universitätscampus die Entstehung des Ortes der Begegnung und die Entwicklung der



Herbert Posch

Tietze-Tor von Hof 3 nach Hof 13

Erinnerungskultur. Anschließend führte Herbert Posch durch die neu konzipierten Tore.

Die neue grafische Gestaltung der Gedenktafeln ermöglicht es, über barrierefrei lesbare QR-Codes in Text und Ton Informationen zu den geehrten Persönlichkeiten in deutscher und englischer Sprache

abzurufen. Insgesamt wird an 15 Frauen und 15 Männer, zum Teil auch gemeinsam, erinnert.

Weiterführende Information: <https://geschichte.univie.ac.at/de/artikel/tore-der-erinnerung>

Edith Krisch ■

NS-Lager und Zwangsarbeit im Bezirk Krems (1939-1945)

Citizen Science - Bürgerwissenschaft - Beteiligung der Öffentlichkeit an Wissenschaft und Forschung. Ein Trend der sich weltweit entwickelt.

Seit dem Jahr 2013 widmet sich die Arbeitsgruppe für Citizen Science an der Universität für Bodenkultur Wien der Aufgabe, den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu fördern.

Das seit dem „Bedenkjahr“ 1988 bestehende Institut für jüdische Geschichte Österreichs startete federführend, in Kooperation mit dem Department „Digital Memory Studies“ der Universität für Weiterbildung Krems, das Forschungsprojekt „NS-, Volksgemeinschaft‘ und Lager im Zentralraum Niederösterreich“. Die Themen Geschichte - Kontaktzonen - Erinnerung sollten eine kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Strukturen, die Erforschung kaum bekannter Lager im Zentralraum Niederösterreichs und die zeitgerechte Sicherung von Hinterlassenschaften ermöglichen. Vorhandenes Wissen sollte mit Hilfe von Citizen Scientists ergänzt werden.

Das federführende Institut und das Projektteam luden am 6. April 2024 zu einem Vernetzungstreffen in den St. Pöltner Steingötter-Saal ein, um das gegenseitige Kennenlernen der vielen Citizen Scientists und den Erfahrungsaustausch zu fördern.

Der Bezirk Krems an der Donau erwies sich mit dem ehemaligen Stalag XVII B in Krems-Gneixendorf, den jüdischen Zwangsarbeitslagern Dross, Langenlois, Loitzendorf in Maria Laach am Jauerling und Spitz an der Donau als interessantes Forschungsgebiet, wobei die Bemühungen der

Citizen Scientists durch umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit der Stadtgemeinde Krems unterstützt wurden.

Bei der im November 2024 an der Kremser Universität abgehaltenen Abschlusskonferenz des Projekts wurde den Bürgerwissenschaftler:innen die Möglichkeit geboten, die Ergebnisse ihrer Forschungsarbeit in Form von PowerPoint-Präsentationen einem interessierten Publikum vorzustellen. Sollte es jemals Zweifel an erfolgreicher Zusammenarbeit zwischen offizieller Forschung und forschenden Bürgern gegeben haben, so konnten diese durch die Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse widerlegt werden.

Weiterführende Literatur:

Maria Theresia Litschauer: 6|44 – 5|45, Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiterinnen, ein topo|foto|grafisches Projekt.

Vera Gara: Least Expected Heroes of the Holocaust, Personal Memories

Web-Tipp: www.ns-lager-niederösterreich.at

Edith Krisch ■



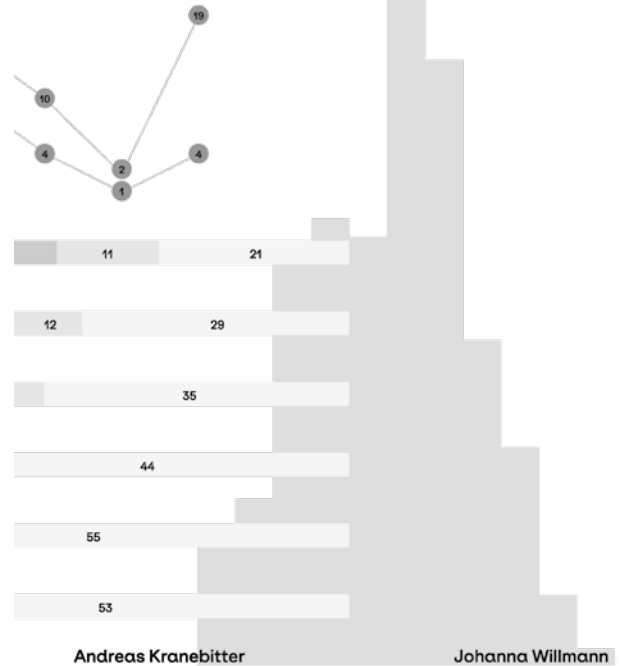
DÖW-Rechtsextremismus-Barometer präsentiert

Ende November des Vorjahres wurde das DÖW-Rechtsextremismus-Barometer präsentiert, das in einer Online-Befragung (CAWI) realisiert wurde, die von Ende April bis Ende Mai 2024 durchgeführt wurde. Die Stichprobe, die einem Online-Access-Panel des Meinungsforschungsinstituts marketagent entstammt, umfasst 2.198 Personen, die nach Alter, Geschlecht, Bundesland und Bildung repräsentativ für die österreichische Wohnbevölkerung zwischen 16 und 75 Jahren gesampelt wurden. Die Studie soll erhellen helfen, welche Verbreitung autoritäre, rassistische, antisemitische und verwandte Einstellungen in Österreich aufweisen und welches gesellschaftliche Potential - über den Status quo des organisierten Rechtsextremismus hinaus - Akteur*innen vorfinden, die ebensolche Einstellungen zu ihrer politischen Geschäftsgrundlage gemacht haben. Diese Studie soll als Online-Umfrage (CAWI) künftig im Zweijahresrhythmus wiederholt werden, um Vergleiche über die Zeit zu ermöglichen.

In der im April und Mai 2024 durchgeführten Umfrage gab eine Mehrheit der Befragten an, eine „umfassende Remigration“ für notwendig zu erachten oder sich wegen der in Österreich lebenden Muslim*innen manchmal „fremd im eigenen Land“ zu fühlen. Antisemitische Ansichten werden von einem größeren Anteil der Befragten (15%-23%) vertreten, als das etwa in der jüngsten Leipziger Autoritarismusstudie 2022 (ca. 7%) der Fall ist. Dabei treten, analog zu Deutschland, israelbezogener oder Schuldabwehrantisemitismus häufiger zutage als Formen des tradierten Antisemitismus. Die Neigung zu Verschwörungserzählungen ist ausgeprägt: Jeweils etwa 50% der Befragten glauben, von „den Medien“ systematisch belogen zu werden und dass die österreichische Bevölkerung langfristig durch zugewanderte Personen ersetzt werde. Des Weiteren zeigen sich die Befragten bei Fragen zu Law & Order autoritär.

So stimmen erneut jeweils mehr als 50% der Aussage zu, dass man „gefährliche Menschen“ einsperren können solle, noch bevor sie Straftaten begangen haben, und dass Grundrechte Abschiebungen nicht verhindern sollten. Die Haltung der Demokratie gegenüber ist allerdings mehrheitlich positiv. Als Teil der Auswertung wurde ein Segment von etwa 10% der Wohnbevölkerung ausgemacht, das ausgeprägte rechtsextreme

DÖW-Studien Rechtsextremismus Barometer 2024



Einstellungen aufweist, wie sie in der Zustimmung zu Schlüsselitems der Dimensionen „Antiegalitarismus“, „Volksgemeinschaftsdenken/Ethnozentrismus“ und „Autoritarismus“ zum Ausdruck kommen. In ihrer ideologischen Selbsteinschätzung verorten sich Befragte mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen mehrheitlich in der politischen Mitte oder rechts derselben.

Quelle: DÖW

Ehrungen in der Steiermark

Am 17. Februar 2025 fand die periodische Mitgliederversammlung der Landesorganisation Steiermark statt. Der - alte und neue - Vorsitzende Werner Anzenberger überreichte mit Stellvertreterin Anja Germann zwei Otto-Bauer-Plaketten.

sekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Beide „Urgesteine“ der steirischen Gewerkschaftsbewegung haben sich Zeit ihres Lebens in besonderem Maße gegen Faschismus und Rechtsextremismus und eine demokratisch-aufgeklärte Gesellschaft eingesetzt.

Friedrich Steinhöfler war vor seiner Pensionierung Landessekretär der Textilarbeiter-Gewerkschaft, später ProGe, Gerhard Winkler Bildungs-

Werner Anzenberger ■



V. l. n. r. Werner Anzenberger, Fritz Steinhöfler, Gerhard Winkler und Anja Germann



Strukturelle Erfolgsbedingungen rechtspopulistischer Strategie

Indem es rechtspopulistischen Parteien gelungen ist, grundlegende Probleme gegenwärtiger Demokratien für sich nutzbar zu machen, konnten sie sich als fester Bestandteil des Parteiensystems etablieren.

Rechtspopulistische Parteien konnten sich in den vergangenen Dekaden in zahlreichen Ländern als fester Bestandteil des Parteiensystems, in einigen auch als Regierungsparteien oder zumindest als dauerhafte, ernsthafte Wettbewerber um die Regierung etablieren. Dieser Erfolg in ganz unterschiedlichen politischen Situationen und Parteienlandschaften deutet darauf hin, dass es diesen Parteien gelungen ist, grundlegende Probleme gegenwärtiger, moderner Demokratien für sich nutzbar zu machen.

Am Beispiel der Alternative für Deutschland (AfD) in Deutschland lässt sich zeigen, dass die im öffentlichen Diskurs oft vorgebrachte Idee eines „gesellschaftlichen Rechtsrucks“ als Erklärung für den Aufstieg der Partei nur bedingt erklärungskräftig ist. Rechtsextreme Einstellungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit haben über die vergangenen Dekaden nicht zugenommen, sondern eher abgenommen. Somit ist es unplausibel, den Erfolg dieser Parteien aus einer solchen Verschiebung zu erklären. Auch scheint es, als würde das sozio-demographische Profil der AfD-Wähler:innen im Zeitverlauf eher unspezifischer werden: Waren es zu Beginn eher ältere Wähler aus der unteren Mittelschicht, die AfD wählten, so greift das Potential inzwischen auch merklich in jüngere Alterskohorten und andere Einkommensgruppen aus. In drei Dimensionen unterscheiden sich die Wähler:innen der AfD allerdings markant von den Wähler:innen aller anderen Parteien: Erstens geben sie in Umfragen an, unzufriedener mit der Demokratie zu sein; zweitens vertreten sie in migrationspolitischen Fragen durchweg eine ablehnendere Position und drittens bekunden sie eine starke Abneigung vor allem gegenüber den Grünen, aber auch gegenüber den meisten anderen Parteien. Die Wähler:innen aller anderen Parteien wiederum erwidern diese Abneigung ihrerseits. Vor allem die Unzufriedenheit mit der Demokratie und die Abneigung gegenüber den anderen Parteien sind von Bedeutung, um zu verstehen, wie die rechtspopulistische Strategie in die Parteienlandschaft hineinwirkt.

Strategie des Rechtspopulismus

Die wohl am weitesten verbreitete Definition des Populismus fasst diesen als eine „dünne Ideologie“, die von verschiedenen politischen Inhalten befüllt werden kann, solange diese sich in das konstitutive Schema aus (korrupter) Elite und (gutem) Volk einfügen lassen. Rechtspopulismus als Strategie zu fassen, bedeutet nicht, dieser Definition zu widersprechen, sondern setzt vor allem einen Akzent: Es soll erhellen, wie rechtspopulistische Parteien sich gerade dadurch im politischen System etablieren können, dass sie dieses Schema als Polarisierungstreiber praktisch anwenden.

In einem gerade in jüngster Vergangenheit wieder verstärkt beachteten Vortrag präsentierte der rechtsliberale Ökonom Murray Rothbard 1992 eine Skizze dieser Strategie: Es gehe im Kern darum, die Menschen gegen den Staat aufzubringen, indem man ihnen einerseits immer wieder vorführt, wo dieser seinen Aufgaben nicht gerecht werde und andererseits betont, wo er die „einfachen Leute“ gängele und in ihrer Entfaltung behindere. Aufschlussreicherweise sind dabei die inhaltlichen Schwerpunkte (bei Rothbard: Steuer- und Sozialstaatskritik; repressive innere Sicherheit; kulturkonservative Förderung von traditionellen Familienbildern) in erster Linie Mittel zum Zweck der Staatsdelegitimierung als Elitendelegitimierung. Es gibt starke Anzeichen, dass diese Strategie im Falle der AfD aufgeht: Die allgemeine Unzufriedenheit, die AfD Wähler:innen in Umfragen bekunden, scheint zumindest in Teilen nicht nur ein Faktor in der Wahlentscheidung zu sein, sondern diese Wahlentscheidung selbst wirkt verstärkend auf eben diese Unzufriedenheit zurück.

Rechtspopulistische Akteure – gekommen, um zu bleiben

Aus dieser Perspektive ist plausibel, dass ein solcher Wettbewerber im Parteiensystem, wenn er sich erst einmal etabliert hat, seine Position auch behaupten und zu der eines dauerhaften Anwärters auf politische Macht ausbauen kann, der durch seine Präsenz das politische Feld maßgeblich mitprägt und dadurch umstrukturiert: Durch die, kollaborativ auch durch die anderen Parteien validierte, Performance als Funda-

mentalopposition nicht nur gegen die anderen Parteien, sondern eben auch gegen das gesamte Parteiensystem („die Zwangsjacke der erstarrten und verbrauchten Altparteien“, wie es der inzwischen geschasste Parteigründer Bernd Lucke in seiner Rede auf dem Gründungsparteitag der AfD formulierte), dockt sie an grundlegende Probleme des modernen politischen Systems an. Denn gerade wo die Parteien - aus vielfältigen Gründen - zunehmend mit Schwierigkeiten konfrontiert sind, ihre Programme als Umsetzung der Interessen ihrer Wähler:innenschaft zu legitimieren, sind sie für die Inklusion ihres Publikums zunehmend auf Konflikt untereinander und mit den rechtspopulistischen Herausforderern angewiesen: Dort, wo programmatisch keine Mehrheiten zu gewinnen sind, können sie dann zumindest noch mit dem Versprechen mobilisiert werden, die anderen zu verhindern. Wo die ideologischen Differenzen zwischen Parteien als besonders stark wahrgenommen werden, ist dies erkennbar mit einer höheren Wahlbeteiligung verbunden. Entsprechend führte die Etablierung rechtspopulistischer Contender (dt. Anwärter) in den USA und Deutschland dazu, dass die Wahlbeteiligungen sichtlich höher ausgefallen sind. In einem Mehrparteiensystem wie dem der Bundesrepublik Deutschland wirkt das allerdings auf die anderen Parteien zurück: Je klarer die geteilte Abgrenzung von der jeweiligen Fundamentalopposition ausfällt, umso weniger markant scheint die Abgrenzung der anderen Parteien voneinander. Der AfD ist es so gelungen, sich als Partei all derer attraktiv zu machen, die ihre grundlegende Ablehnung nicht nur einer konkreten Regierungspolitik, sondern gegenüber der zu erwartenden Regierungspolitik an sich zum Ausdruck bringen wollen. Die Verschiebungen im Parteiensystem durch die Etablierung der AfD verstärken diesen Prozess noch, indem sie Koalitionen über Grenzen der klassischen parlamentarischen Lager - d.h. (rot)-rot-grün und schwarz-gelb - hinweg geradezu erzwingen.

Auch deshalb ist es kurz- und mittelfristig unwahrscheinlich, dass die rechtspopulistischen Parteien aus dem gegenwärtigen Parteiensystem wieder verschwinden, weil sie nicht nur die Artikulation von Unmut über die Politik insgesamt in Mobilisierung umlenken können, sondern weil diese Mobilisierung darüber hinaus genau



diesen Unmut verstärken dürfte. Auch Versuche, durch programmatisches Zugehen auf diese Parteien deren Wähler:innenbasis zu schmälern, dürften höchstens begrenzte Erfolge zeitigen. Denn das grundlegende Misstrauen, das sie selbst mit anheizen, dürfte sich zumindest in gewissem Ausmaße auch aus der gegenwärtigen Struktur des politischen Systems selbst speisen und kann deswegen eben nicht nur als Unzufriedenheit mit bestimmten politischen Maßnahmen gefasst werden. Es gibt allerdings Hinweise darauf, dass rechtspopulistische Parteien zumindest größere Mobilisierungsschwierigkeiten haben, wenn die zentralen Konfliktachsen der politischen Debatte sich vom Thema Migration, das am stärksten mit ihrem politischen Markenkern verbunden ist, wegverlagern. Theoretisch erwartbar wäre überdies, dass die Etablierung von anderen Parteien, die glaubhaft die Position einer Fundamentalopposition vertreten können, die rechtspopulistische Strategie ebenfalls vor große Schwierigkeiten stellen würde. Der Versuch einer Neu-etablierung eines solchen Akteurs - wie auch immer man ihn normativ beurteilen will - kann einerseits, wie an den frühen Achtungserfolgen des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) bei den Landtagswahlen 2024 in Thüringen, Brandenburg und Sachsen abzulesen ist, durchaus auf eine Nachfrage von Seiten des Publikums setzen. Wie an den direkt daran anschließenden Konflikten um die Regierungsbeteiligung des BSW und dessen daraufhin absackenden Umfragewerten aber ebenfalls deutlich werden sollte, wird ein solches Unterfangen dadurch verkompliziert, dass ihm (bisher) die Aura der internationalen Bewegung, die auch über Rückschläge hinweg tragen könnte, fehlt. Darüber hinaus könnte es sich auch als Problem erweisen, dass neben der AfD als bereits etablierter Anti-Volkspartei der Platz für Fundamentalopposition relativ schmal geworden ist.

Nils C. Kumkar ■

**Dieser Platz bleibt leer, weil wir der geschätzten
Leserin / dem geschätzten Leser das Antlitz von**

**Alice Weidel,
Tino Chrupalla,
Viktor Orbán,
László Toroczkai,
Jarosław Kaczyński,
Giorgia Meloni,
Matteo Salvini,
Marine Le Pen,
Herbert Kickl,
Marco Chiesa,
Geert Wilders,
Janez Janša,
Jimmie Åkesson,
Riikka Purra,
Nigel Farage,
Arlene Foster,
Santiago Abascal Conde
und
und
und
ersparen wollen**



Neue Faschismusepoche? Über Unterschiede zwischen damals und heute.

Die erneute Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten hat den globalen Trend zu autoritärer Formierung und Militarisierung, zu Umwelt- und Klimakatastrophe zementiert. Um zu beschreiben, was sich gegenwärtig vollzieht und der Menschheit in naher Zukunft wohl bevorsteht, benutzen immer mehr Menschen den Faschismusbegriff. Dabei sollten jedoch einige grundlegende Unterschiede zwischen der „Epoche des Faschismus“ (Ernst Nolte) 1918-1945 und unserer Zeit im Auge behalten werden.

So fällt gleich auf: Heutzutage abwesend ist eine expandierende, selbstbewusste, organisierte, in proletarischen Massenbewegungen verankerte Linke, wie sie in der Zeit zwischen den Weltkriegen die Überwindung des Kapitalismus anstrebte. Die Linke vollständig und dauerhaft zu vernichten, und zwar sowohl ihren reformistischen als auch den revolutionären Flügel, war eines der Hauptanliegen der historischen Faschisten. Dies war ein zentraler Programmpunkt, der sie für großbürgerliche und adlige, militärische und bürokratische Herrschaftsgruppen als Bündnispartner interessant machte. Da die Linke heute nun weitgehend ausfällt, besteht auch kein Bedarf mehr an massenhaftem paramilitärischem und staatlichem Terror wie damals. Die autoritäre, „illiberale“ (Viktor Orbán) Aushöhlung und Umformung der bürgerlichen Demokratie reicht in der jetzigen, weder nachrevolutionären noch vorrevolutionären Situation schon aus.

Ein zweiter zentraler Programmpunkt der historischen Faschisten war die totale Mobilisierung und Formierung der Nation für den modernen, industriellen Krieg. Der Faschismus als Massenbewegung, sein Führungspersonal und aktivistischer Kern - sie entstieg buchstäblich den Schützengräben der Jahrhundertkatastrophe namens Erster Weltkrieg. Es ging den Faschisten darum, optimal vorbereitet in den nächsten großen Krieg zu ziehen und ihn zu gewinnen. Am stärksten wurde der Faschismus in den Ländern, die den Ersten Weltkrieg verloren hatten (Deutschland, Österreich, Ungarn) und in den Ländern, deren Nationalisten sich um den Sieg betrogen fühlten (Italien, Rumänien).

In scharfem Gegensatz dazu kommen die meisten europäischen Länder heute aus einer langen Friedenszeit. Die neue Blockkonfrontation und das neue Wettrüsten haben erst begonnen. Die neuen großen Kriege werfen erst drohend ihre Schatten voraus. So fehlt bislang auch die durchgreifende Militarisierung der ganzen Gesellschaft und insbesondere einer ganzen Männergeneration, die die Zwischenkriegszeit prägte und den Faschismus mit seinen paramilitärischen Massenorganisationen erst ermöglichte. Weitere Epochenunterschiede ließen sich zeigen: Zumindest in den Industrieländern wurden traditionelle Konzepte von Männlichkeit und Weiblichkeit, auf denen auch die Faschisten basierten, in den letzten Jahrzehnten teilweise aufgeweicht und geschwächt. Viele Gesellschaften Europas sind heute zudem ethnisch, kulturell und religiös viel diverser als vor dem Zweiten Weltkrieg. In dieser modernen Realität erscheinen rassistische und völkische Lehren als immer schwerer umsetzbar, weswegen ihre Verfechter*innen immer häufiger defensive und separatistische Strategien entwickeln.

Der Aufstieg der historischen Faschisten ist ohne die sozial-ökonomische Nachkriegskrise ab 1918 und ohne die Weltwirtschaftskrise ab 1929 nicht zu verstehen. Elend und Hunger betrafen breite proletarische und kleinbürgerliche Bevölkerungsschichten. Heute hingegen werden die materiellen Grundbedürfnisse eines sehr großen Teils der Bevölkerung viel besser



Gerald Netzl

Ein ikonisches Bild für die Verbrechen des Nationalsozialismus: Das Tor zum ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz I.

befriedigt, zumindest bislang. Alles zusammengenommen mag erklären, warum sowohl Faschismus als auch Antifaschismus deutlich weniger Masse mobilisieren als damals, warum die Härte und Intensität der politischen Auseinandersetzung allgemein geringer erscheint und bei weitem nicht so viel Gewalt im Spiel ist.

Ein grundlegender Epochenunterschied kam hier noch nicht zur Sprache: Umweltzerstörung und Erderwärmung machen es wahrscheinlich, dass gesellschaftlicher Reichtum und Produktivität, damit auch ganz allgemein politische Verteilungs- und Gestaltungsspielräume mittel- und langfristig stark schrumpfen werden, statt weiter zu wachsen wie bisher. Tendenzen zu terroristisch-militärischer Abzäunung der Wohlstandsinseln, Kriegen um Ressourcen, autoritärer Elends- und Krisenverwaltung werden wohl zunehmen und könnten auch faschistische Formen annehmen.

Mathias Wörsching, Erstveröffentlichung antifa Januar/Februar 2025 ■

Mathias Wörsching betreibt die Internetseite faschismustheorie.de und ist Autor des Buches „Faschismustheorien. Überblick und Einführung“ (Reihe: theorie.org, 2020)



Zu Besuch im United States Holocaust Memorial Museum

Knapp 500 Meter Fußweg vom Washington Monument entfernt befindet sich das United States Holocaust Memorial Museum, kurz USHMM. Seit der Eröffnung im Jahr 1993 besuchten rund 47 Millionen Menschen die nationale Gedenkstätte für die Opfer des Holocaust in der US-Bundeshauptstadt. Darüber hinaus verwaltet das Museum eine der weltweit größten Online-Enzyklopädien zum Thema.

Jimmy Carter, der kürzlich verstorbene 39. US-Präsident, war die treibende Kraft hinter der Entstehung des Museums. 1978 wurde die „President's Commission on the Holocaust“ einberufen - der Holocaust-Überlebende und spätere Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel fungierte als Vorsitzender der Arbeitsgruppe. Zwei Jahre später passierte das Projekt den US-Kongress. Inhaltliche Auseinandersetzungen und Fragen zur weiteren architektonischen Gestaltung verzögerten das Vorhaben jedoch. Im Frühjahr 1993 konnten schließlich die Räumlichkeiten eröffnet werden, wobei die heutige „Hall of Remembrance“, eine hexagonale Halle mit zentraler Lichtkuppel, als Gebäudezentrum dient. Seit der Eröffnung sammelt und bewahrt das USHMM Beweisstücke, organisiert Gedenkveranstaltungen, konzipiert Lernmaterialien und produziert eigene Medieninhalte.

Ausstellungsübersicht

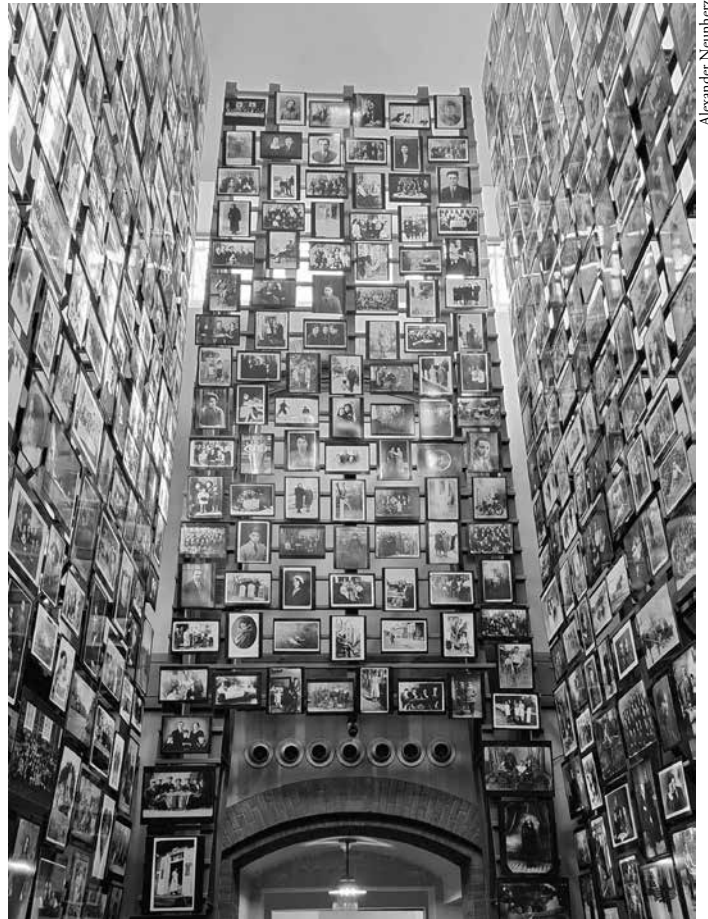
Die Dauerausstellung „The Holocaust“ ist das historische Herzstück des Museums. Mit zahlreichen Artefakten, Fotografien und Berichten von Zeitzeug:innen führt die Ausstellung durch die Chronologie des Völkermordes - von der Machtergreifung der Nazis im Jahr 1933 über die systematische Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden bis hin zur Befreiung der Konzentrationslager in den letzten Kriegsjahren. Daneben gibt es aktuell vier Spezialausstellungen zu sehen, die unterschiedliche Themenbereiche abdecken. So beleuchtet die Ausstellung „Americans and the Holocaust“ die Beweggründe, Zwänge und Ängste, die das amerikanische Handeln in Bezug auf Nationalsozialismus, Krieg und Genozid prägten. Eine weitere Schau mit dem Namen „Remember the Children: Daniel's Story“ erzählt aus der Perspektive eines Kindes das Schicksal seiner Familie während des Holocausts, indem sie realitätsnahe Szenen und interaktive Elemente nutzt, um das Erlebte greifbar zu machen.

Das United States Holocaust Memorial Museum verfügt zudem über zahlreiche Online-Ausstellungen. Erweitert wird das Angebot durch eine „Holocaust-Enzyklopädie“, die zu den größten Nachschlagewerken weltweit gehört und Tausende von Einträgen umfasst, sowie durch eine Datenbank mit Namen von Holocaust-Überlebenden und Opfern.

Halle der Erinnerung

Im oberen Bereich des Museums befindet sich die bereits erwähnte „Hall of Remembrance“, die für öffentliche Zeremonien, aber auch für das individuelle Gedenken konzipiert ist. Darin befindet sich eine ewige Flamme, die vor einer Inschrift aus dem Deuteronomium brennt: „Nur hüte dich und bewahre deine Seele wohl, dass du die Geschehnisse nicht vergisst, die deine Augen gesehen haben, und dass sie nicht aus deinem Herzen weichen alle Tage deines Lebens; sondern du sollst sie deinen Kindern und Kindeskindern verkünden!“

Das Holocaust Memorial Museum in Washington steht seit vielen Jahren in engem Austausch mit österreichischen Forschungsstätten und weiteren Institutionen. So schlossen etwa Mitte Dezember 2024 das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) und das USHMM eine Kooperationsvereinbarung zur Digitalisierung von Archivbeständen des DÖW. Diese werden unter Einsatz modernster Technologien digitalisiert und anschließend Forschenden in den USA zugänglich gemacht.



Alexander Neunherz

Alexander Neunherz hat das United States Holocaust Memorial Museum in Washington, D.C. besucht.

Informationen zum Besuch im USHMM

Wer das USHMM besuchen möchte, kann sich online ein Ticket dafür reservieren - dieses ist aber nur für den Eintritt der Dauerausstellung erforderlich. Für die Spezialausstellungen sind vorab keine Reservierungen nötig. Das Museumsgebäude ist täglich, abgesehen von wenigen Ausnahmen, von 10:00-17:30 Uhr geöffnet - der letzte Einlass in die Dauerausstellung beginnt um 16:30 Uhr.

Wie in den USA üblich muss vor dem Besuch eine Sicherheitskontrolle passiert werden - zumal es in der Vergangenheit zu Anschlagversuchen und rechtsextremen Gewaltakten gekommen ist: Im Juni 2009 wurde etwa der Wachmann Stephen Tyrone Johns bei einem Schusswechsel tödlich verletzt. Beim Attentäter handelte es sich um einen 88-jährigen vorbestraften Rassist und Holocaust-Leugner, dessen Verhaftungsgeschichte bis in die 1960er Jahre zurückreichte.

Alexander Neunherz ■

Alle Informationen zum Museumsbesuch sowie sämtliche Ausstellungs- und Bildungsangebote des USHMM sind auf der Webseite www.ushmm.org abrufbar



Grab ehrenhalber gewidmet

Dr. Jakob Kastelic war ein österreichischer Widerstandskämpfer der ersten Stunde. Er gründete unmittelbar nach dem „Anschluss“ die „Großösterreichische Freiheitsbewegung“ und arbeitete schon ab Sommer 1938 mit anderen Widerstandsgruppen zusammen. 1941 verhaftet, musste er bis 1944 auf seinen Prozess warten. Am 2. August 1944 wurde er im Landesgericht Wien hingerichtet. Seine beiden jungen Söhne, Norbert und Gerhard, wurden nach dem frühen Tod ihrer Mutter im Jänner 1941 Halbwaisen. Sie pflegten das Andenken ihres Vaters und sind seit vielen Jahren die leitenden Persönlichkeiten der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich.

Die sterblichen Überreste Jakob Kastelic' wurden nach Kriegsende von der Familie in der Anatomie (gegen den Widerstand der dortigen Ärzte) gefunden und am Pfarrfriedhof Penzing bestattet. Im selben Grab ist auch eine tapfere Frau beerdigt: Anna Hanika, die in keinerlei Verwandtschaftsverhältnis mit der Familie Kastelic stand, war selbst in der NS-Zeit zwei Jahre lang in Haft. Ihr Verlobter wurde als Wider-

standskämpfer im Landesgericht Wien hingerichtet. Dort lernte Frau Hanika unter anderem das Schicksal von Jakob Kastelic und seiner beiden Söhne kennen, sie nahm sich der Buben an, waren sie doch nach dem frühen Tod der Mutter und der Hinrichtung des Vaters Vollwaisen.

Um das Grab dauerhaft abzusichern haben Gen. Kurt Scholz und ich Bgm. Michael Ludwig Ende 2024 gebeten, die Stadt Wien möge eine „Grabwidmung ehrenhalber“ vornehmen („Ehrengräber“ gibt es nur auf dem Zentralfriedhof). Das ist im Februar 2025 geschehen – vielen Dank!



Gerald Netzl ■

Das Grab der Familie Kastelic am Pfarrfriedhof Penzing ist seit Kurzem ein ehrenhalber gewidmetes Grab.

Stein der Erinnerung Karl Schafhauser

Unmittelbar vor der Februarfeier der Bezirksgruppe Liesing wurde in der Elisenstraße 37, das ist genau gegenüber der Gedenktafel für die Februartagekämpfe, ein Stein der Erinnerung für Karl Schafhauser eingeweiht.

Gerald Netzl, seit Jänner Obmann des Vereins Steine der Erinnerung in Liesing, informierte, dass Karl Schafhauser am 21. April 1932 bei einem Zusammenstoß mit Nationalsozialisten in der Breitenfurter Straße von einem SS-Mann erstochen wurde. Der 23-jährige Arbeiter, Schutzbündler und Kinderfreunde-Mitglied Schafhauser wurde zum ersten Opfer politischer Gewalt in Liesing in der Ersten Republik. Tatort war auf Höhe Breitenfurter Straße 360. Das Verbrechen fand im Gefolge der Proteste gegen eine Nazi-Versammlung vor den Landtagswahlen in Niederösterreich, Salzburg und Wien am 24. April 1932 statt. Die Bezirksgruppe Liesing hat die Finanzierung des Steines (= der Metallplatte) und der Verlegung übernommen. Unter den vierzig TeilnehmerInnen an der Feier waren BV Gerald Bischof und auch BV a. D. Manfred Wurm, der 2013 die Benennung des „Karl-Schafhauser-Weg“ in Liesing ermöglichte.



Am 11. Februar 2025 wurde in der Elisenstraße 37 in Liesing ein Stein der Erinnerung für Karl Schafhauser eingeweiht.



Unsterbliche Opfer

Im „Kämpfer“ 3/2022 brachten wir die 95 Namen aller 1942 im Landesgericht Wien Hingerichteten, in 3/2023 die 239 Namen der Frauen und Männer von 1943, in 2/2024 die 179 Opfer von 1944 und hier die 22 Opfer von 1945. Die überwiegende Mehrzahl der Opfer wurde wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt. Wir werden Sie niemals vergessen!



Baumgartner Ludwig (geb. 25.3.1913), Marktfahrer, hingerichtet 23.2.1945 wegen „Wehrkraftzersetzung“
Bayom, richtig: Bayon Robert (geb. 9.5.1908), Malergehilfe, hingerichtet 9.1.1945
Brunnhausner Adolf (geb. 25.5.1898), Hilfsarbeiter, hingerichtet 22.3.1945 wegen „Wehrkraftzersetzung“
Caldonazzi Dipl. Ing. Walter (geb. 3.6.1916), Forstingenieur, hingerichtet 9.1.1945
Dalla Rosa Heinrich (geb. 16.2.1909), Priester, hingerichtet 24.1.1945 wegen „Wehrkraftzersetzung“
Hilgert, richtig: Hilgarth Leopold (geb. 8.9.1894), Schuhmachermeister, hingerichtet 9.1.1945
Hillmayer Rudolf (geb. 20.4.1886), Schafzüchter, hingerichtet 23.2.1945 wegen „Wehrkraftzersetzung“
Hrascouet, richtig: Hrascouet Ferdinand (geb. 25.5.1921), Fleischhauergehilfe, hingerichtet 9.1.1945
Kleppell, richtig: Klepell Hermann (geb. 19.6.1918), Hochschüler, hingerichtet 22.3.1945
Krumpl Karl (geb. 27.9.1909), kaufmännischer Angestellter, hingerichtet 22.3.1945
Kuchticek Anton (geb. 31.5.1917), Feinmechaniker, hingerichtet 24.1.1945
Maier Dr. Heinrich (geb. 16.2.1908), Priester, hingerichtet 22.3.1945
Malik Franz (geb. 17.6.1908), Drehergehilfe, hingerichtet 9.1.1945
Meller Theresia (geb. 27.1.1918), Kellnerin, hingerichtet 9.1.1945
Mercier Jean (geb. 17.4.1924), Schlossergehilfe, hingerichtet 9.1.1945
Ortner Ernst (geb. 1.9.1914), Oberfeldwebel, hingerichtet 22.3.1945
Picka Ferdinand (geb. 21.5.1906), Bahnarbeiter, hingerichtet 24.1.1945
Primosch Wenzel (geb. 28.8.1897), Hilfsarbeiter, hingerichtet 22.3.1945
Riba, richtig: Ryba Karl (geb. 31.7.1906), Schlossergehilfe, hingerichtet 23.2.1945
Schumann, richtig: Schuhmann Ignaz (geb. 26.6.1909), Tischlergehilfe, hingerichtet 9.1.1945
Tesinsky Karl (geb. 27.9.1911), Installateur, hingerichtet 23.2.1945
Wyhnal Dr. Josef (geb. 22.2.1903), Arzt, hingerichtet 22.3.1945

Quelle: http://www.nachkriegsjustiz.at/vgew/1080_landesgerichtweihestaette.php



Vor 80 Jahren: Februarkämpfer und OSS-Agent Ludwig Totzenberger (1907–1945) in Tirol

Die Geschichte des Wieners Ludwig Totzenberger bis zu seinem Einsatz für den amerikanischen Geheimdienst Office of Strategic Services (OSS) im Frühjahr 1945 lässt sich nur anhand weniger gesicherter Informationen rekonstruieren. Über seine Familie, seine Jugend und seinen beruflichen Werdegang ist nichts bekannt. Ab August 1931 lebt er im 21. Wiener Gemeindebezirk (Floridsdorf), gemeinsam mit Ehefrau Marie und drei Kindern. Die Familie übersiedelt mehrmals, bleibt aber in Floridsdorf. Dem OSS gegenüber wird er später angeben, dass er Mitglied im Republikanischen Schutzbund seines Bezirks unter dem Kommando eines Willi Statosch gewesen sei. Seine Frau und zwei Kinder sind 1941 in Niederösterreich gemeldet, möglicherweise erklärbar durch seine Einberufung zur Wehrmacht. Auch über seinen Fronteinsatz fehlen Einzelheiten, wenn man von einem längeren krankheitsbedingten Lazarettaufenthalt im Jahr 1942 absieht. Die letzte offizielle Meldung stammt vom 1. Oktober 1944. Zu diesem Zeitpunkt ist Totzenberger in einer Einheit der 334. Infanterie-Division in Norditalien stationiert. In einem Brief vom 9. Oktober berichtet er seiner Frau, dass er sich bereits seit dem 18. September in amerikanischer Kriegsgefangenschaft befinde und bei guter Gesundheit und voller Hoffnung auf eine baldige Rückkehr zu seiner Familie sei. Was Totzenberger verschweigt: Er ist aus der Deutschen Wehrmacht desertiert, befindet sich im Lager Aversa in Süditalien und hat sich als Freiwilliger für alliierte Operationen im Alpenraum gemeldet. Irgendwann im Herbst beginnt seine Ausbildung zum Funker, im Februar werden nochmals Erkundigungen über ihn eingezogen, die offensichtlich positiv sind. Unter dem Decknamen „Larry Taylor“ wird er weiter eingeschult und auf den bevorstehenden Einsatz vorbereitet. Die Planungen für die „Operation Homespun“ werden konkret, als Fritz Molden im OSS-Hauptquartier in Bari auftaucht und als Partner für Totzenberger den emigrierten Tiroler Joseph Franckenstein („Joe Horneck“) vorschlägt, der über die nötigen Ortskenntnisse und auch bereits Erfahrung in einer OSS-Operation verfügt. Totzenberger (für den Einsatz in Tirol nun „Karl Novaček“) und Franckenstein verlassen Bari mit dem Auftrag, in der Umgebung von Innsbruck eine Funkstation einzurichten, die Möglichkeit von Sabotageakten auszukundschaften und die Tätigkeit einer bereits seit dem Februar 1945 in der Gegend aktiven OSS-Mission („Operation Greenup“) zu unterstützen. Die beiden Agenten überqueren in deutscher Uniform in Begleitung von Otto Molden, dem Bruder von Fritz Molden, die Brennergrenze und treffen am 15. April 1945 in Innsbruck ein. Sie werden zunächst bei einem Bauern in der Nähe der Stadt einquartiert und nehmen erste Kontakte auf. Wenige Tage später beendet der Zugriff der Gestapo jede weitere Aktion: Die drei Greenup-Agenten und über 100 Mitglieder des lokalen Widerstands werden verhaftet, viele von ihnen schwer gefoltert. Zwar erreichen Totzenberger und Franckenstein gemeinsam mit einem Mitglied der Innsbrucker



Gisela Hormayr

Ludwig Totzenberger

Widerstandsbewegung den vereinbarten Stützpunkt auf der Kemater Alm in den Bergen südwestlich von Innsbruck, aber ihr Aufenthalt ist längst verraten: In den Morgenstunden des 28. April dringt ein Gestapokommando in die Hütte ein und verhaftet Franckenstein und seinen Begleiter. Totzenberger bleibt zunächst unentdeckt und kann von der Köchin (der einzigen Augenzeugin der Ereignisse) gewarnt werden. Seine Flucht durch den Hinterausgang endet nach wenigen Metern. Ein erster Schuss trifft ihn in den Rücken, ein zweiter, tödlicher Kopfschuss wird aus nächster Nähe abgegeben. Wegen des starken Schneefalls verzögert sich die Bergung seines Leichnams um Tage. Der Krieg ist zu Ende, die Alliierten sind in Innsbruck eingezogen und am 10. Mai 1945 wird Agent „Taylor“ mit militärischen Ehren im Dorf Axams beigesetzt. Der OSS-Einsatzbericht bewahrt Ludwig Totzenberger ein ehrendes Angedenken: „Taylors Tod war ein Schock für die deutsch-österreichische Sektion. Er war ein höchst verantwortungsbewusster und vertrauenswürdiger Mann, der jederzeit seinen völligen Einsatz für die antifaschistischen Ideale der Vereinten Nationen (sic!) unter Beweis stellte.“

Gisela Hormayr ■

Literatur: Peter Pirker, Codename Brooklyn. Jüdische Agenten im Feindesland. Die Operation Greenup 1945, Innsbruck 2019.



Die Pioniere des Sozialismus im Wiener Rathaus

Das neue Wiener Rathaus wurde im Juni 1885 eröffnet, in jenem Monat fand auch die erste Gemeinderatssitzung statt. An eine Volks(!)Vertretung für alle war damals noch lange nicht zu denken. Vor 125 Jahren vollzog sich dann in der Reichshaupt- und Residenzstadt Historisches: Mit Jakob Reumann und Franz Schuhmeier zogen die ersten beiden Sozialdemokraten in den damals 158 Mitglieder zählenden Wiener Gemeinderat.

Der Gemeinderat bestand ab 1900 aus drei privilegierten Wahlkörpern mit je 46 (später 48) Mitgliedern, deren (männliche) Wählerschaften nach Berufs-, Bildungs- und Einkommenskategorien abgestuft waren, und aus einem neu geschaffenen vierten, allgemeinen Wahlkörper mit zwanzig (später 21) Mitgliedern, von denen jeder Bezirk eines zu wählen hatte. 1900 hatte Wien zwanzig Bezirke, nach der Eingemeindung von Floridsdorf am 28. Dezember 1904 21. Das blieb so bis 1938. Im vierten Wahlkörper waren alle männlichen Gemeindebewohner über 24 Jahre mit österreichischer Staatsbürgerschaft wahlberechtigt, wenn sie im Gemeindegebiet von Wien ununterbrochen seit drei Jahren ihren ordentlichen Wohnsitz hatten, auch wenn sie bereits im ersten, zweiten oder dritten Wahlkörper wahlberechtigt waren. Dieses doppelte Stimmrecht sowie die lange Voraussetzung der Sesshaftigkeit lehnte die Sozialdemokratie - erfolglos - ab.

Die liberale Ära im Gemeinderat endete 1895. Die dann im Wiener Gemeinderat und niederösterreichischen Landtag dominierenden Christlichsozialen verhinderten trotz heftiger Proteste und Demonstrationen der Arbeiterschaft eine Reform des Gemeinderatswahlrechts analog zum Reichsrat - also eine Aufhebung der Kurien -, hätte das doch eine massive Schwächung ihrer Position gebracht. EINE Stimme von einem Hausherrn hatte ebenso viel Gewicht wie die von 32 Arbeitern, das sagt alles. Der Wahlkampf 1900 wurde leidenschaftlich und hart geführt, die Wiener Gemeinderatswahl vom 31. Mai 1900 sollte historisch werden: Jakob Reumann wurde für Favoriten und Franz Schuhmeier für Ottakring gewählt. In allen anderen 18 Bezirken waren die Christlichsozialen stärker als Sozialdemokraten bzw. Deutschnationale. Grund für diese verzerrte Dominanz war das Mehrheitswahlrecht, wie es heute noch in Großbritannien gilt. Die Christlichsozialen erzielten wienweit in der 4. Kurie 77.608 Stimmen ggü. 56.306 der sozialdemokratischen Kandidaten, trotzdem war das Verhältnis der gewonnenen Sitze 18:2.

Franz Schuhmeier schrieb in der „Volkstribüne“:

„Die Sozialdemokratie in Wien steht am Anfang ihrer Erfolge, während die Luegerei beim Anfang vom Ende angekommen ist. Wir sind jetzt nur unser zwei, aber nach sechs Jahren werden wir unser mehrere sein. Der 31. Mai bleibt für die Sozialdemokraten Wiens ein Ehrentag - die ersten sozialdemokratischen Gemeinderäte wurden gewählt.“

Der Dritte im Bunde sollte bald Anton Schlinger werden, der nach der Eingemeindung von Floridsdorf in einer Ergänzungswahl 1905 gewählt wurde. Bei den nächsten regulären Wahlen am 9. Mai 1906 wurden Reumann, Schuhmeier und Schlinger wiedergewählt. Sie durften sich über Zuwachs aus Margareten, Meidling, Rudolfsheim (damals 14. Bezirk) und der Brigittenau freuen. Franz Domes, Ludwig Wutschel, Ferdinand Skaret und Leopold Winarsky zogen ins Rathaus ein. 110.750 schwarzen Stimmen standen 97.094 rote entgegen. Auch in den ersten drei Kurien dominierte weiterhin schwarz: Von mittlerweile insgesamt 165 Gemeinderäten gehörten 139 dem „Bürgermeisterklub“ an.

1910 verstarb der überaus populäre Bürgermeister Karl Lueger. Innerhalb der CSP entbrannte ein heftiger Kampf um sein Erbe, politische Richtungsstreitigkeiten schwächten die Partei. Das sollte sich bei der Reichsratswahl am 20. Juni 1911 auswirken: Von 30 in Wien zu vergebenden Mandaten errang unsere Partei 19, die Deutschnationalen neun und die CSP nur zwei. Mit ein Grund war auch, dass unsere Partei und die Deutschnationalen eine Vereinbarung trafen, im zweiten Wahlgang den jeweils Bessergestellten der anderen Partei zu unterstützen und damit eine Mehrheit gegen die CSP im Wahlkreis zu erringen. Eine Strategie die aufging!

Bei der letzten Gemeinderatswahl nach Kurienwahlrecht am 23. April 1912 gab es keine so weitgehende Absprache. Die Kandidaten unserer Partei gewannen im ersten Wahlgang die Bezirke 5, 10, 14, 16, 20 und 21. In der Stichwahl siegten wir im 2., 11. und 15. Bezirk, verloren aber Meidling.

Die erste wirklich freie, gleiche, geheime und direkte Wiener Gemeinderatswahl fand am 4. Mai 1919 statt - endlich war jede Stimme gleich viel wert, endlich durften Frauen wählen! Die SDAP errang 100 von 165 Mandaten (CSP 50, Rest vier weitere Parteien). 1923 wurde auf 120 Mitglieder verkleinert, 1932 auf 100, diese Zahl gilt auch heute noch.

Der Rest ist Geschichte. Nein, besser: ...ist Gegenwart und Zukunft!

Gerald Netzl ■

Die Pioniere des Sozialismus im Wiener Rathaus.



Jakob Reumann
geb. 31. 12. 1853 gest. 29. 7. 1925



Franz Schuhmeier
geb. 11. 10. 1864 gest. 11. 2. 1913



Anton Schlinger
geb. 31. 7. 1870 gest. 21. 10. 1912



Ich wäre gern dabei gewesen

Das jüngst erschienene Buch „Ich wäre gern dabei gewesen. Meine Eltern - Kämpfer, Fälscher, Liebende - und ich“ hat das jüngste Opfer der Shoa zum Gegenstand. Ein Interviewpartner für eine Radiosendung eröffnete in den 1980er Jahren dem ORF-Journalisten Franz Richard Reiter, dass in Wien der Meisterfälscher der Résistance lebe. Daraufhin verfasste Reiter eine Radioreihe und ein Buch, worin er Österreicherinnen und Österreicher zu Wort kommen ließ, die im französischen Widerstand kämpften. Diese Arbeiten brachten es mit sich, dass zwischen dem Meisterfälscher Heinrich Sussmann, seiner Frau Anni und Reiter ein sehr inniges Verhältnis entstand. Ihr Wunsch war, dass ein Buch erscheine, das das Leben ihrer beiden Familien bis zur Befreiung nach dem Zweiten Weltkrieg schildert: Heinrichs Leben in Tarnopol (er war Jahrgang 1904), die Flucht mit 10 Jahren nach Wien, die Armut in Wien, das Kunststudium in Paris, seine Karriere als Karikaturist in Berlin. Heinrichs spätere Frau Anni wuchs in armen Verhältnissen in Wien auf, wurde mit Hilfe von sozialistischen Organisationen Schauspielerin und trat nach dem Februar 1934 der KPÖ bei. Sie folgte dem inzwischen nach Paris emigrierten Heinrich.

Dort heirateten sie.

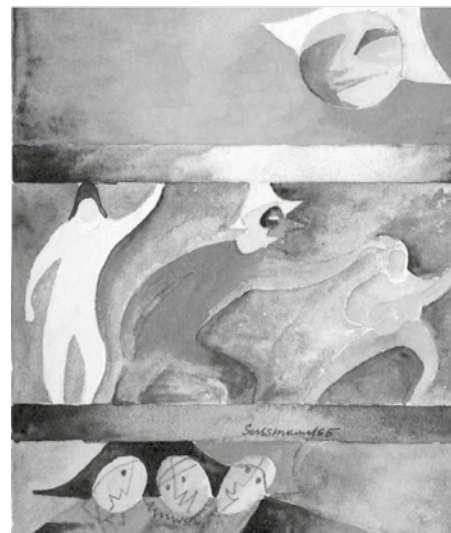
Die kampflöse Aufgabe Österreichs durch Bundeskanzler Schuschnigg, das Elend der Österreicherinnen und Österreicher, denen es gelungen war, vor den Nazis nach Paris zu fliehen, die Niederlage der Spanienkämpfer und ihre Internierung in französischen Lagern politisierten die beiden so sehr, dass sie 1940 zunächst im von den Nazis besetzten Paris in den Widerstand gingen. Schließlich wurde Heinrich von der Résistance zum Fälscher von Dokumenten, besonders von Cartes Identités ausgebildet. Keines seiner Dokumente wurde je als Fälschung erkannt. Diese gefährliche und äußerst schwierige Präzisionsarbeit konnte er nur mit Hilfe seiner Frau vollbringen.

Beide waren von der Gestapo intensiv gesucht, schließlich wurden sie 1944 verhaftet, gefoltert und nach Auschwitz bzw. Auschwitz-Birkenau deportiert. Anni setzte ihren Widerstand im KZ effizient fort. Ihr gelang die Flucht aus einem Nebenlager in die Schweiz.

Das Buch, das sich die beiden wünschten, sollte unter dem Namen ihres Sohnes Samuel Georg Sussmann erscheinen. Es liegt nun vor. Darin ist alles wahr, nur eines nicht. Samuel Georg konn-

SAMUEL GEORG SUSSMANN

Ich wäre gern dabei gewesen



te das Buch nicht schreiben. Er wurde kurz nach seiner Geburt im KZ von Mengele ermordet.

Samuel Georg Sussmann: Ich wäre gern dabei gewesen. Meine Eltern - Kämpfer, Fälscher, Liebende - und ich, Ephelant, Wien, 2024, ISBN 978-3-900766-30-6, 186 Seiten, € 22,00

Ich war Kapo

Der polnische Widerstandskämpfer Stefan Krukowski war von 1940 bis zur Befreiung im KZ Mauthausen inhaftiert. Nachdem er in den ersten Jahren seiner Haft im Steinbruch Zwangsarbeit verrichten musste und mehrmals nur knapp dem Tod entging, wurde er, wohl aufgrund seiner hervorragenden Deutschsprachkenntnisse, 1944 zum Kapo der SS-Bekleidungskammer ernannt. In dieser Position war es ihm möglich, regen Tauschhandel mit anderen Funktionshäftlingen und SS-Angehörigen zu betreiben, wodurch er nicht nur für sich selbst zusätzliche Nahrung und Kleidung beschaffen konnte, sondern auch andere Häftlinge mit im Lager (über lebensnotwendigen Waren versorgte.

Dieses außergewöhnliche Dokument, das in Polen erstmals 1963 erschien, gewährt Einblicke in das Lagerleben, die den allermeisten Gefangenen verwehrt blieben. Krukowskis Erinnerungen an seine KZ-Haft, erzählt aus der besonderen Perspektive eines „privilegierten“ Häftlings, zeigen, dass es auch als Kapo möglich war, diese Stellung dazu zu nutzen, anderen Mitgefangenen zu helfen.

Das interessante und gut lesbare Buch erscheint erstmals in deutscher Übersetzung in der Reihe „Mauthausen-Erinnerungen“ (Band 9). Vor Krukowskis Text liest man auf 40 Seiten über sein Leben vor und nach dem Konzentrationslager, der Text wiederum ist in zwei Teile geteilt, seine Zeit im Steinbruch und jene in der SS-Bekleidungskammer, wo er Kapo werden sollte. Dass das Buch 1963 im realsozialistischen Polen zuerst erschien merkt man nicht stark, allerdings dann doch, wenn Krukowski etwa das „spezielle“, weil (zumeist) feindliche Verhältnis zwischen polnischen und sowjetischen Häftlingen ausklammert. Aber: „Die Polen haben sich mit den Jahren viele einflussreiche Posten erkämpft und erarbeitet - das hat viele Opfer gekostet.“ (S. 174) Interessant ist auch die Schilderung der letzten Tage des Lagers, am 3. Mai 1945 übertrug die SS die Bewachung der Wiener Feuerchutzpolizei. Der 3. und der 4. Mai waren „Tage in Schweben“, am 5. Mai trafen die ersten US-amerikanischen Soldaten ein.

Gerald Netzl ■



Stefan Krukowski

Ich war Kapo

Mauthausen-Erinnerungen | 9

new academic press



Stefan Krukowski: Ich war Kapo, new academic press, Wien, 2024, ISBN 978-3-7003-2287-0, 248 Seiten, € 26,90

Todesurteile

„Sag mir, wo die Akten sind, wo sind sie geliebt...?“ So könnte man das bekannte Antikriegslied variieren, geschrieben von Pete Seegers, von Marlene Dietrich auf Deutsch gesungen.

Beschäftigt man sich mit der Unrechtsjustiz des Nationalsozialismus, aber auch des Austrofaschismus, stößt man recht bald ins Leere. Die Akten, die über die Strafrechtsverfahren der regimetreuen Blutjustiz näheren Aufschluss geben könnten, sind verschwunden. Was ist geschehen? Darüber - und zu vielen Fragen mehr - gibt das neue Buch des Grazer Geschichtswissenschaftlers Heimo Halbrainer mit dem Titel „Todesurteile. Vergessene Verbrechen der NS-Justiz in der Steiermark“ Auskunft. Der Schwerpunkt der höchst kompetenten und lesenswerten Spurensuche liegt auf der Steiermark, bietet aber - wie bei diesem renommierten Zeithistoriker wenig überraschend - nicht nur zahlreiche neue, sondern auch überregionale Aspekte.

Ende 1944, als sich die krachende Niederlage der Nazi-Diktatur drastisch abzeichnete, erging der Befehl an die Gerichtspräsidenten des Dritten Reiches, alle Strafakten gegen „Politische“ von 1934 bis 1945 zu vernichten. Den vorrückenden Alliierten sollte möglichst wenig Stoff für die rechtsstaatliche Aufarbeitung des nationalsozialistischen Alptrahms hinterlassen werden. Auch in den Innenhöfen der „steirischen“ Strafgerichte Graz, Marburg (Maribor) und Leoben

brannten tagelang die Feuer. Zuweilen wider setzte sich ein Justizbeamter, nahm heimlich Akten an sich und bewahrte sie vor der Vernichtung. So wissen wir zum eigentlichen Standrechtsverfahren gegen den Grazer Josef Stanek recht wenig. Es hatte im Februar 1934 zur Hinrichtung des Oppositionellen geführt. Hingegen ist die Akte Koloman Wallisch - er musste am Leobener Würgegalgen sein Leben lassen - bis heute und nahezu vollständig verfügbar.

Ein interessanter Neben aspekt des autoritären, originär-österreichischen Faschismus. Heimo Halbrainer konzentriert sich freilich auf das Geschehen im nachfolgenden totalitären Supergau. Er beschreibt die Tätigkeiten der nationalsozialistischen Sondergerichte und des Volksgerichtshofs, er geht den Opfern ebenso nach wie den Tätern: Richtern und Staatsanwälten. Auch die spätere Aufarbeitung kommt nicht zu kurz. Nach einigen Jahren ernsthaften Bemühens der Volksgerichte, nachträglich Transparenz und ein wenig Gerechtigkeit zu schaffen, verliefen angestrebte Strafverfahren gegen das richterliche Personal der anbefohlenen Blutjustiz - auch aufgrund der dürftigen Quellenlage - ins Stocken und versandeten endgültig.

Die Staatsanwälte und Richter, vielfach das Blut der Diktatur an ihren Händen, forderten und sprachen unbehelligt weiter Recht. Nun eben jenes der demokratischen Republik, wo „das Recht vom Volk ausgeht“.



Werner Anzenberger ■

Heimo Halbrainer: Todesurteile. Vergessene Verbrechen der NS-Justiz in der Steiermark, Clio, Graz, 2025, ISBN 978-3-902542-97-7, 280 Seiten, € 29,00

Exkursion ins Landesgericht Wien

Am 19. Februar führte Präsident Friedrich Forsthuber Mitglieder des Wiener Landesvorstands unseres Bundes durch die am 25. Juni des Vorjahres eröffnete Dauerausstellung in der Gedenkstätte für die Opfer der NS-Justiz. Die Schau thematisiert den Widerstand in seiner ganzen Bandbreite, die Unrechtsjustiz sowie die Nachkriegszeit (siehe „Kämpfer“ 3/2024 S. 10).

Friedrich Forsthuber nahm sich zwei Stunden Zeit und informierte umfassend über die schrecklichen Hinrichtungen in der Nazi-Zeit, das Werden der Ausstellung, die Einbindung der Opferverbände und anderer Gruppen / Personen sowie die teilweise schwierige Konsensfindung, wie und was auf den Infotafeln stehen soll. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. 1943 fanden die meisten Hinrichtungen statt, an einzelnen Tagen bis zu 35! 1951 wurde eine erste kleine Gedenkstätte im Hinrichtungsraum ge-



Präsident Friedrich Forsthuber (5. v. r.) und die Wiener Genossinnen und Genossen in der Gedenkstätte im Landesgericht Wien.

schaffen, diese wurde 1967 erweitert und erneuert. Die Dauerausstellung befindet sich im Vorraum und schmälert damit die emotionale Wirkung des ehemaligen Hinrichtungsraumes nicht. An jedem ersten Dienstag im Monat finden öffentliche Führungen statt, diese sind gut besucht (ca. 25-30 TeilnehmerInnen).



Beten konnte tödlich sein

Die Schicksale evangelischer Pfarrer im Konzentrationslager Mauthausen zeichnet ein Buch nach, das im Auftrag der Evangelischen Kirche A.u.H.B. in Österreich sowie der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) erschienen ist. Dokumentiert finden sich darin die Lebensgeschichten von 31 evangelischen Pfarrern bzw. Theologen und fünf Laien aus unterschiedlichen Ländern Europas, die ins KZ Mauthausen verschleppt wurden. 15 von ihnen starben dort, im Nebenlager Gusen oder in Hartheim.

„Den NS-Schergen war es völlig egal, woher jemand gekommen ist, ob er evangelisch, katholisch oder orthodox war“, sagte Michael Bünker bei der Präsentation des Buches im Mai 2022. Die Berufsgruppe der Geistlichen sei vom nationalsozialistischen Terror besonders betroffen gewesen, weil sie durch ihren Glauben „letztlich etwas in sich trugen, worauf die NS-Schergen keinen Zugriff hatten“, so der frühere Bischof der evangelisch-lutherischen Kirche, unter dessen

in Österreich „präzise und ohne Beschönigung“.

Wer in Konzentrationslagern beim Beten oder mit einer Bibel erwischt wurde, hatte mit dem Tod zu rechnen. Mauthausen sei in dieser Frage „extrem“ gewesen, rage hier „unter der ganzen Schreckensherrschaft der Konzentrationslager nochmals besonders schrecklich heraus“. Dennoch versuchten einige, ihren Glauben, die zentrale Motivation ihres Handelns gegen das NS-Regime, auch in Mauthausen zu leben. Vor der Befreiung des Konzentrationslagers waren in Mauthausen Häftlinge aus 70 Nationen. Die evangelischen Pfarrer kamen aus Polen, Frankreich, Belgien, Italien, Ungarn, aus den Niederlanden, aus der Slowakei, der Schweiz, aus Tschechien, und mit dem gebürtigen Ungarn Zsigmond Varga, der in Wien predigte, war auch ein Pfarrer aus Österreich unter den Opfern.

„Die Namen haben gefehlt, die Bilder haben gefehlt und die Lebensgeschichten“, sagte der evangelisch-lutherische Bischof Michael Chalupka bei der Präsentation.

Michael Bünker,
Dietlind Pichler (Hg.)

Evangelische Pfarrer
im KZ Mauthausen



Das Buch solle „diesem Fehlen zumindest in Teilen ein Ende setzen“. Bei der Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus sei „noch viel zu tun“, denn „nur eine klare Auseinandersetzung mit der Sünde der Vergangenheit ermöglicht Zukunft“. Durch ihre Verstrickung in den Nationalsozialismus habe sich „die Evangelische Kirche in Österreich zwischen 1938 und 1945 obsolet gemacht“, sagte der Bischof. Heute ziehe die Evangelische Kirche „oft ihre Identität aus der Zeit des Geheimprotestantismus und der Verfolgung, als wir Opfer waren“. Das habe schon seine Richtigkeit, sei jedoch nur eine Seite.

Das Buch solle „diesem Fehlen zumindest in Teilen ein Ende setzen“. Bei der Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus sei „noch viel zu tun“, denn „nur eine klare Auseinandersetzung mit der Sünde der Vergangenheit ermöglicht Zukunft“. Durch ihre Verstrickung in den Nationalsozialismus habe sich „die Evangelische Kirche in Österreich zwischen 1938 und 1945 obsolet gemacht“, sagte der Bischof. Heute ziehe die Evangelische Kirche „oft ihre Identität aus der Zeit des Geheimprotestantismus und der Verfolgung, als wir Opfer waren“. Das habe schon seine Richtigkeit, sei jedoch nur eine Seite.

Quelle: evang.at

Gerard Nezel



Gedenktafel für Zsigmond Varga in der Reformierten Stadtkirche in der Dorotheergasse 16 in Wien.

Federführung dieses Forschungsprojekts entstand. Über die Biografien hinaus beschreibt das Buch auch die „antisemitische Vergiftung und deutsch-nationale Durchseuchung“ der Evangelischen Kirche



Angekommen

Am 3. März wurde die österreichische Bundesregierung angelobt. Nach einer sieben lange und schlechte Jahre langen Zwangspause ist unsere Sozialdemokratische Partei wieder Teil dieser Regierung, gemeinsam mit der ÖVP und NEOS. Es bleibt abzuwarten und zu beobachten, wie die kommenden Jahre für das Land und für die Partei verlaufen. Eines jedenfalls darf unser Bund mit großer Befriedigung feststellen: Von den neun am 3. März angelobten Genossinnen und Genossen gehören sechs unserem Bund an: Andi Babler, Eva-Maria Holzleitner, Korinna Schumann (besonders erfreulich, weil ihr Ressort für die Opferfürsorge und damit die

Opferverbände verantwortlich ist) sowie Ulrike Königsberger-Ludwig, Michaela Schmidt und Jörg Leichtfried.

Auch bei den 41 SPÖ-Nationalratsabgeordneten haben wir eine Zwei Drittel-Mehrheit. Erfreulich, aber in beiden Fällen geht noch was – wir laden jene Genossinnen und Genossen, die noch abseits stehen, ein, Teil unserer antifaschistischen Gemeinschaft zu werden! (Hinweis: Diese Zeilen wurden am 7. März geschrieben, zwei Wochen nach Redaktionsschluss der Ausgabe.)

Gerald Netzl ■

Wir gratulieren zum Geburtstag: Jänner bis März 2025

102: Wachold Kurt, Wien, **99:** Male Maria, Ferlach; Schmitt Rosina, Linz; Lirsch Elfriede, Schwarzau am Steinfelde, **95:** Weichenberger Josef, Salzburg; Kromer Herta, Rabenseifner Johann, Wien, **94:** Sablik Erich, Steyr; Gorski Kurt, Wien, **93:** Pichelmann Hedwig, Wien, **92:** Buchberger Elisabeth, Salzburg; Tschugg Klara, St. Johann/Tirol; Doblinger Walter, Wien, **91:** Posch Josef, Neudörfel; Ploderer Ingeborg, Braun Helmut, Wien, **85:** Bellositz Johann, Guntramsdorf; Krasser August, Klagenfurt; Pfeiler Alois, Leoben; Datzberger Kurt, Leitner Edith, Linz; Kritzer Monika, Spital/Drau; Frenes Peter-Klaus, St. Georgen a.d. Gusen; Löb-Powaschnig Friederike, Wr. Neustadt; Grün Gerhard, Sallaberger Günther-Ewald, Blazsovsky Elfriede, Darmstädter Walter, Bayer Anna, Kothe Ingrid, Prosenitsch Karl, Fagner Helmut, Gaal Anton, Keller Heinrich, Wallinger Franz, Tierscherl Horst, Wien, **80:** Presich Christl, Baumgarten; Gager Gerhard, Dürnstein; Niederer Erich, Frankenfels; Pulkrabek Paula, Korneuburg; Vogl Karl, Lawitz Helmuth, Ober-Grafendorf; Tischhart Heinrich, Villach; Meschnark Heinrich, Wolfsburg; Fuchs Richard, Thoma Johannes, Schweitzer Wilhelm, Weiss Heidrun, Stubenvoll Erika, Weyand Jürgen, Satzinger Franz, Benke Johann, Trinko Franz, Nell Wolfgang, Persy Elisabeth, Kronsteiner Günter, Wien, **75:** Anger Eduard, Freistadt; Poganitsch Franz, Klagenfurt; Trippold Franz, Langenzersdorf; Weidenholzer Josef, Linz; Krammer Franz, Orth/Donau; Unger Waltraud, Schwechat; Haberleitner Friedrich, St. Pölten; Aigenbauer Josef, Tragwein; Gartner Franz, Traiskirchen; Unterwieser Fritz, Kohlschmied Carola, Müller-John Katharina, Kaindl Josef, Paul Maria, Schweitzer Friedericke, Hainz Friedrich, Wien

